

*Richard Saage*

**Zivilgesellschaftliche  
Interventionen  
zwischen  
Vergangenheit  
und Gegenwart**

**LESEPROBE**



**Herausforderungen**

Historisch-politische Analysen ♦ Herausgegeben von Wolfgang Schmale

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	9
<b>Teil I: Zivilgesellschaftliche Impulse aus der Antike und der Frühen Neuzeit</b>	
Politische Partizipation und Apathie in antiker und moderner Perspektive .....	19
Toleranz und Demokratie. Zur Vorgeschichte und Zukunft des liberalen Pluralismus .....	35
Immanuel Kant (1724–1804) als politischer Denker .....	49
<b>Teil II: Zivilgesellschaft zwischen demokratischem Aufbruch und faschistischer Regression</b>	
Die deutsche Frage. Die Erste Republik im Spannungsfeld zwischen österreichischer und deutscher Identität .....	65
Faschismus – ein revolutionärer Aufbruch in eine alternative Modernität? Eine Antwort auf Roger Griffins „Exploding the Continuum of History“ .....	83
Faschismustheorien. Ihre Bedeutung für die Forschung und die politische Bildung .....	97
<b>Teil III: Analytiker der zivilgesellschaftlich verfassten Demokratie</b>	
Zur Rezeption und Aktualität des Austromarxismus. Das Beispiel Otto Bauer .....	113
Demokratie bei Ossip K. Flechtheim .....	127
Iring Fetscher .....	141
Nachruf auf Walter Euchner .....	157
Drucknachweise .....	201
Abkürzungsverzeichnis .....	203
Personen- und Sachregister .....	205

## Vorwort

Die Epoche Europas vom Ende des Ersten Weltkriegs 1918 bis zur Kapitulation des Deutschen Reiches 1945 war von zwei Modellen totalitärer Vergesellschaftung geprägt: dem leninistisch-stalinistischen Paradigma der „klassenlosen Gesellschaft“ stand das der faschistischen „Volksgemeinschaft“ gegenüber. Trotz ihrer unterschiedlichen ideologischen Grundierung und sozialen Interessenvertretung hatten sie eines gemeinsam: Ihre Integrationsmechanismen besaßen einen exkludierenden Charakter, der mit terroristischen Mitteln ihre jeweilige Identität in Gestalt der „Klasse“ oder des „Volkes“ aufrecht zu erhalten suchte. Doch diese im Europa der Zwischenkriegszeit dominanten antiindividualistischen Gemeinschaftsmuster waren von Anfang mit einer Alternative konfrontiert, die nicht die Exklusion, sondern die Inklusion der sozialen und ethnischen Differenzen postulierte: die Zivilgesellschaft mit ihren Ursprüngen in den alten Demokratien des Westens seit der Antike – unabhängig davon, ob ihre Repräsentanten mehr den nichtstaatlichen Organisationsgrad der Bürgerbewegungen betonten oder ob sie sich mehr als die aktive Speerspitze der konsequenten Weiterführung der Demokratisierung der Gesellschaft verstanden. Fest steht jedenfalls, dass in dem Maße, wie sowohl die stalinistischen als auch die faschistischen Diktaturen scheiterten, das Leitbild der Zivil- und Bürgergesellschaft hegemoniale Bedeutung erlangte.

Über die Kategorie der „Zivilgesellschaft“ herrscht freilich in der Umgangssprache und in der wissenschaftlichen Diskussion kein verbindlicher Konsens. Sie ist daher in verschiedene Richtungen auslegbar, die hier nicht weiter kommentiert werden können. Das dieser Aufsatzsammlung zugrundeliegende Konzept von Zivilgesellschaft ist weniger einem wirtschaftlichen Verständnis im Sinne einer marxistisch verstandenen kapitalistischen Sozietät oder einem der sittlichen Potenz des Staats gegenüberstehenden und zugleich mit ihm dialektisch vermittelten „System der Bedürfnisse“ verpflichtet, wie Hegel sie konzipierte. Vielmehr prägt die Demokratisierung auf Basis der autonomen Selbstbestimmung der Bürger in einer freien und toleranten Gesellschaft ihr Profil. Von der antiken Polis über die religiösen Vergemeinschaftungen im Zuge der Reformation in der Frühen Neuzeit bis hin zur demokratischen Arbeiterbewegung seit der Industrialisierung und den modernen sozialen Bürgervereinigungen heute aus verschiedenen Anlässen und in differenten Formen institutionalisiert, wirken sie als wichtige Plattformen in einem umfassenden Demokratisierungsprozess. Nicht gegen den Staat gerichtet, aber auch nicht vollständig von seiner herrschenden Logik determiniert, stellt sie ein kommunikatives Medium der Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft dar. Sie löst durch die gegenseitige Verständigung der Bürger über emanzipatorische Ziele ihres Alltagslebens die Einzelnen aus ihrer Isolation und verhindert dadurch deren unmittelbare Konfrontation mit dem Staat und damit die Gefahr ihrer etatistischen Überformung. So gesehen, ist die Zivilgesellschaft im hier gemeinten Sinne der Garant dafür, dass der Staat sich nicht gegenüber der Gesellschaft verselbständigt, sondern als deren kompakter, aber bewusster Wille in Erscheinung tritt.

Vor diesem theoretischen und zeitgeschichtlichen Hintergrund haben die vorliegenden Aufsätze ein gemeinsames Zentrum: Ihr Erkenntnisinteresse ist auf die historische Genese der Zivilgesellschaft mit ihren Anfängen in der europäischen Antike und der Frühen Neuzeit (Teil I), auf ihren Aufstieg in den Revoluti-

onen von 1918/19 sowie ihren Niedergang im Faschismus (Teil II) und auf ihre beginnende Renaissance nach 1945 sowie deren Nachwirkungen bis auf den heutigen Tag konzentriert, wie sie sich in den Reflexionen jener Sozialwissenschaftler niederschlug, die auf ihre Gefährdungen ebenso wie auf ihre Möglichkeiten hinwiesen (Teil III). Es ist das Ziel dieser Aufsatzsammlung, am Beispiel zivilgesellschaftlicher Werte das Historische im Aktuellen und das Aktuelle im Historischen sichtbar zu machen.

## I

Teil I beginnt mit dem Versuch, das Verhältnis von politischer Partizipation und politischer Apathie in moderner und antiker Perspektive zu bestimmen. Dass die attische Demokratie nicht von innen her zerbrach, ist ein Tatbestand von großer Tragweite. Denn aus ihm geht hervor, dass es nicht die politische Apathie ihrer Bürgerschaft war, die sie endgültig zu Fall brachte, sondern die oligarchischen Zwischenspiele im Gefolge der Niederlage im Krieg gegen Sparta und der militärischen Intervention der makedonischen Monarchie. Der liberalen Demokratie heute droht nach ihrem scheinbaren Triumph im Zuge des Zusammenbruchs des Realsozialismus ein anderes Schicksal. Durch die fortgeschrittene Privatisierung des öffentlichen Raumes sehen sich die Bürger mit einer schleichenden Metamorphose konfrontiert, die zwar alle Institutionen der liberalen Demokratie unangetastet lässt, aber den Kontakt mit den materiellen und geistigen Interessen der Bürger zu verlieren droht. In dieser Situation kommt zivilgesellschaftlichen Initiativen eine unverzichtbare Korrekturfunktion im Sinne des „Mehr-Demokratie-Wagens“ zu. Werden sie ihre Chance angesichts der Legitimationskrise der Finanzeliten nutzen und die Integrität des öffentlichen Raumes als Agenda demokratischer Bürgerpartizipation wieder herstellen? Von der Beantwortung dieser Frage, hängt entscheidend ab, ob sich die „Postdemokratie“ (Crouch) zu einer funktionierenden liberalen Demokratie auf erweiterter Stufenleiter entwickeln lässt. Freilich wird eine solche Transformation des geographischen Ortes der Demokratie von der antiken Polis über den Nationalstaat bis hin zur Weltgesellschaft nicht ausschließlich das Werk der Eliten sein: Nur mit der Stoßkraft von unten, der die Erfindung der Volksherrschaft in der griechischen Antike zu verdanken ist, hat die Demokratie des 21. Jahrhunderts in einer globalisierten Welt eine Zukunft.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Genesis der Toleranz als eines Grundwertes der Zivilgesellschaft gewidmet. Doch die These dieses Beitrags ist, dass es in der Frühen Neuzeit zwei Wege zur Etablierung religiöser Toleranz gegeben hat, von denen nur ein Pfad die Richtung der Zivilgesellschaft einschlug. Das eine Paradigma verweist auf den absolutistischen Staat, der kraft seiner potestas die pluralen Kräfte der religiösen Lager entpolitisierte und dadurch befriedete. Es impliziert freilich das Defizit, Toleranz als Teil der Staatsräson zu betrachten und diese zu ermächtigen, je nach Gesichtspunkten der Machterhaltung- und erweiterung religiöse Duldung zu gewähren oder wieder zurückzunehmen. Wie in diesem Aufsatz gezeigt wird, legte dieses Muster die Grundlage des autoritären Antipluralismus, der insbesondere in Deutschland sowohl in der Endphase der Weimarer Republik als auch im

Dritten Reich scheiterte. Das andere Paradigma, das die moderne Zivilgesellschaft ermöglichte, setzte in der Frühen Neuzeit auf den Konsens der pluralen Kräfte der Gesellschaft, die in den Ständeversammlungen (Niederlande) und im Parlament (England) die Toleranz von unten als naturrechtlich begründetes „Geburtsrecht“ institutionell zu verankern suchte: Der Staat wird gleichzeitig in die Pflicht genommen, religiöse Toleranz, die ihm vorgeordnet ist, als individuelles Grundrecht zu schützen. Dieses Modell hat sich bis auf den heutigen Tag als eine wichtige Grundlage der Zivilgesellschaft erwiesen. Es ist gleichsam der Kompass, mit dessen Hilfe die das liberale parlamentarische System unterfütternde Zivilgesellschaft die Extreme des postmodernen Relativismus einerseits und des im religiösen Gewand erscheinenden totalitären Fundamentalismus andererseits vermeidet.

Der dritte Beitrag in Teil I zeigt am Beispiel der politischen Theorie Immanuel Kants, wie mühsam und gebrochen sich bei diesem Denker die Grundlagen der modernen Zivilgesellschaft bahn brachen. Einerseits begrüßte er selbst noch über die terroristische Phase der Französischen Revolution von 1793/94 hinaus die Positivierung des modernen Naturrechts in Gestalt der Deklaration der Grund- und Menschenrechte sowie der amerikanischen und der französischen Verfassung von 1791. Er trat dezidiert für das über den Markt zu verwertende Privateigentum ein, dessen revolutionäre Potenz gegenüber den feudalen Strukturen seiner Zeit er erkannte und begrüßte. Auch visionierte er die Möglichkeit einer Zivilgesellschaft, indem er der *civil society* autonome, d. h. vom Staat unabhängige Potenzen zuordnete. Gegenüber den ständestaatlichen Strukturen optierte er in systematischer Argumentation für eine offene Gesellschaft, in der jeder durch Fleiß und Glück eine Steuerklasse erreichen konnte, die ihm alle Rechte des Vollbürgers, einschließlich die der Gesetzgebung, sicherte. Aber diese Grundlagen einer Zivilgesellschaft treten nur halb aus dem Schatten des „starken Staats“ heraus. Das von Kant propagierte Gewaltenteilungsprinzip ist kein machtvolleres politisches Instrument eines selbstbewussten Bürgertums, das geeignet wäre, den Monarchen und sein Handeln an rechtsstaatliche Normen zu binden. Vielmehr ist es für ihn ein epistemisches und normatives Prinzip, so zu handeln, als ob die Gewaltenteilung tatsächlich existierte. Das gleiche gilt für das Steuerbewilligungsrecht der Bürger: Es reicht, wenn der Monarch es so handhabt, als ob sie ihre Zustimmung hätten geben können. Zwar erhebt Kant die Publizität zum Verfassungsprinzip. Aber während der Monarch öffentlich das Verdikt des Widerstandsrechts verkünden darf, ist es dem Volk untersagt, ein solches Recht in seiner Verfassung festzuschreiben.

Dennoch muss Kant als Vordenker der Zivilgesellschaft in den rückständigen Verhältnissen des alten Reichs in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gelten, wenn man insbesondere seine Geschichtsphilosophie berücksichtigt. Den Fortschritt definierte er nicht als einen historischen Determinationszusammenhang, sondern als ein regulatives Prinzip in Richtung auf eine Zivilgesellschaft, das der Orientierung und der Einordnung historischer Fakten in sinnvolle Zusammenhänge dient. Seine geschichtsphilosophische Hoffnung, auch unter den soziopolitischen Verhältnissen im alten Reich eine Bürgergesellschaft in Zukunft für möglich zu halten, war keineswegs illusionär, wenn man wie er die amerikanische und französische Revolution als einen welthistorischen Paradigmenwechsel inter-

pretierte, dem sich auf Dauer auch seine eigene Herkunftsgesellschaft nicht würde entziehen können.

## //

Teil II ist den Chancen und dem Scheitern der Zivilgesellschaft am österreichischen und deutschen Beispiel gewidmet. Nie zuvor schienen die Möglichkeiten einer dauerhaften zivilgesellschaftlichen Verankerung in der deutschen und österreichischen Gesellschaft so günstig zu sein wie nach dem Zusammenbruch der semi-absolutistischen Regime der Hohenzollern- und der Habsburgermonarchie im Schatten des verlorenen Ersten Weltkriegs. Insbesondere in der Ersten Österreichischen Republik wurden diese Hoffnungen von der Forderung nach dem Anschluss an das Deutsche Reich begleitet. Es sprachen nicht nur wirtschaftliche Gründe für eine solche Option. Wie sollte das verbliebene Rumpf-Österreich nach dem Verlust seines Wirtschaftsraums im Vielvölkerstaat überleben können? Darüber hinaus knüpfte insbesondere die sozialdemokratische Arbeiterbewegung an die freiheitliche und zivilgesellschaftliche Tradition der Revolution von 1848 in Deutschland an. Der Anschluss sollte auf der Basis eines mit Deutschösterreich vereinten Deutschen Reiches erfolgen, das die soziale Republik des allgemeinen Wahlrechts in Verbindung mit der verfassungsrechtlichen Kodifikation individueller und sozialer Grundrechte etabliert hatte. Dieses Konzept, von der sozialdemokratischen Linken und ihrem Wortführer Otto Bauer propagiert, setzte sich gegen die von Karl Renner vertretene Alternative einer demokratisch reformierten Habsburgermonarchie durch, der als übernationaler Staat die Zukunft gehöre, weil er nicht nur Voraussetzungen für eine „Durchstaatlichung der Wirtschaft“, sondern auch die Chance bot, den rückständigen bornierten Nationalismus zu überwinden. Aber der zivilgesellschaftlich interpretierte Anschluss an das Deutsche Reich „von unten“ scheiterte an den imperialistischen Intentionen Frankreichs während der Friedensverhandlungen in Saint-Germain und an der Revolutionsfurcht des bürgerlichen Lagers.

In den beiden folgenden Aufsätzen wird am Beispiel des deutschen Faschismus gezeigt, wie ein Herrschaftssystem strukturiert ist, das alle zivilgesellschaftlichen Elemente aus seinem Fokus gelöscht hat. Lebt die Zivilgesellschaft von der spontanen Kreativität und ihrer Offenheit für konstruktive Innovation und kritischer Selbstbeobachtung ihrer eigenen Kommunikationsstrukturen, so zeigt die Auseinandersetzung mit dem „Neuen Konsens“ der liberalen Historiografie den durch und durch parasitären Charakter des Nationalsozialismus. Wenn diese glaubt, ihn als eine Revolution identifizieren zu können, so verdeutlicht der Aufsatz, dass er nicht – wie in den genuinen Revolutionen in Europa seit dem 16. Jahrhundert – aus eigener Kraft, sondern nur mit Hilfe moralisch korrumpierter alter Eliten in Deutschland und in Italien an die Macht gelangte. Die Zuordnung des deutschen Faschismus zu einer Modernisierung, die diesen Namen verdient, scheiterte daran, dass er ökonomisch von den Residuen des Kapitalismus des Kaiserreichs und der Weimarer Republik und politisch von der parasitären Auszehrung der Reste des preußischen Staates lebte. Modernisierung im ökonomisch technischen

Sinn war nicht viel mehr als eine vorgetäuschte propagandistische Inszenierung. Die gesellschaftlichen Zukunftsvisionen und die faktischen Realitäten in der deutschen Rüstungsindustrie ähnelten die einer atavistischen Sklavenhaltergesellschaft, die freilich ohne Polis mitsamt ihren diskursiven Kommunikationsstrukturen weit hinter der griechischen und römischen Variante zurückfiel. Nirgendwo lässt sich die innere Substanzlosigkeit des Nationalsozialismus besser ablesen, als an der von Hans Mommsen beschriebenen kumulativen Radikalisierung des Terrors gegen Juden und andere missliebige Minoritäten sowie am Chaos der rivalisierenden sekundären Bürokratien der nationalsozialistischen Sondergewalten.

Der andere Aufsatz wirft die Frage auf, welche Rolle Faschismustheorien heute für die Forschung und die politische Bildung spielen können. Diskutiert werden sowjetmarxistische, bonapartismustheoretische, konflikttheoretische, totalitarismustheoretische, modernisierungstheoretische, geistesgeschichtliche und sozialpsychologische Interpretationen des Faschismus unter dem Gesichtspunkt der Alternative, die sie in ihrem kritischen Zugriff ihrem Gegenstand explizit oder implizit konfrontieren. Zwar könne man diesen Konzeptionen vorwerfen, dass sie zu wenig die Rolle der Opfer in den faschistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern berücksichtigen. Doch ihre Relevanz für die Forschung bestehe darin, dass ohne den Aufweis sozio-politischer Strukturen der Entstehung rechtsfreier Räume die Bedingung der Möglichkeit des Genozids an den Juden nicht erklärbar ist. Die Bedeutung der Faschismustheorien für die politische Bildung resultiert, wie der Aufsatz zeigt, aus dem Aufweis, welchen Kriterien faschismusresistente Gesellschaften genügen müssen. Es sind zivilgesellschaftliche Standards, die nicht nur dafür sorgen, dass sich die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten nicht oligarchisch vom Demos abschotten und die politischen Parteien den Wählern wirkliche Alternativen der Politikgestaltung anbieten. Darüber hinaus muss das zivilgesellschaftliche Postulat der Gleichheit so stark in der Gesellschaft verankert sein, dass fundamentalistische Angebote eines „höheren Rechts“ im Namen der Ethnie oder der Religion ebenso chancenlos sind wie ein selbstdestruktiver Relativismus. Ihnen ist das Leitbild des mündigen Bürgers zu konfrontieren, der durch vom Staat unabhängige Organisationen wie Initiativen, Nichtregierungs- und Non-Profit-Organisationen usw. wichtige Korrekturfunktionen gegenüber den Oligarchisierungstendenzen der etablierten Parteien und Verbände der liberalen Demokratie ausübt.



Man wird sagen können, dass einer der einflussreichsten Fürsprecher einer zivilgesellschaftlichen Lösung der politischen und sozialen Probleme in der Ersten Republik auf der Grundlage des Anschlusses an das Deutsche Reich der Austromarxist Otto Bauer war.

Wie er einerseits in der Umbruchphase von 1918/19 auf die Selbstorganisation der Massen jenseits des repressiven Obrigkeitsstaates setzte, so trat er am Ende der Republik dafür ein, dass die sozialdemokratische Arbeiterpartei wohl für den Anschluss an ein demokratisches Deutschland, aber nicht an ein faschistisches Ge-

fängnis war. Bauer hinterließ ein umfangreiches Oeuvre, das von den Erfahrungen des Kaiserreichs und der Ersten Republik innerhalb eines marxistischen Paradigmas geprägt war. Wie es in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg weiterwirkte, ist das Thema des ersten Beitrages in Teil III. War es ein Zufall, dass die Renaissance seines Werkes erst mit den kulturrevolutionären Tendenzen in der westlichen Welt seit Ende der 1960er einsetzte und die politische Kultur der deutschen und österreichischen Gesellschaft endgültig aus dem Schatten des Dritten Reiches trat? Das Rezeptionsspektrum reichte von kritischer Distanzierung innerhalb der rechten Sozialdemokratie bis hin zu dem linken Vorwurf, er habe sowohl die revolutionären Möglichkeiten in der revolutionären Situation von 1918/19 als auch während des Massenaufstandes in Wien beim Brand des Justizpalastes 1927 ungenutzt gelassen. Umgekehrt wurde er aber auch als Vordenker des Eurokommunismus und der linken Sozialdemokratie gehandelt. Bei diesen Inanspruchnahmen seines Werkes ist allzu oft übersehen worden, dass Otto Bauer und der Austromarxismus insgesamt als der exemplarische Versuch gelten müssen, die Werte der Zivilgesellschaft auf die Basis eines demokratischen Sozialismus zu stellen, wie er ansatzweise tatsächlich im Roten Wien der Zwischenkriegszeit verwirklicht wurde.

Wie in dem zweiten Aufsatz in Teil III am Beispiel der Demokratiekonzeption Ossip K. Flechtheims gezeigt wird, war in der unmittelbaren Nachkriegszeit die mächtigste Barriere für die Durchsetzung einer zivilgesellschaftlich fundierten Partizipation der Bürger an politischen Entscheidungen die Konzeption der sogenannten Konkurrenz-Demokratie in ihrer etatistischen Spielart. Hervorgegangen aus der politischen und ökonomischen Krise Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika erlangte diese Variante der reduzierten Demokratie ihren klassischen Ausdruck in Josef A. Schumpeters „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“. Gegen diesen den Zeitgeist des Kalten Krieges authentisch abbildenden Ansatz machte Ossip K. Flechtheim entschlossen Front. Er forderte zur Lösung der globalen Probleme nicht eine Einschränkung der Demokratie unter Ausschluss zivilgesellschaftlicher Partizipationsformen, sondern deren Ausweitung auf globale Strukturen. Seine Vision einer Weltgesellschaft von Morgen oszillierte zwischen den Institutionen der liberalen Demokratie und der zivilgesellschaftlichen Teilhabe der Bürger am öffentlichen Leben. Beide sind für ihn im Weltmaßstab jenseits der nationalstaatlichen Restriktionen keine Gegensätze, sondern unverzichtbare Ergänzungen und gegenseitige Korrektive. Flechtheim gehört in diesem Zusammenhang zu den wenigen Sozialwissenschaftlern der unmittelbaren Nachkriegszeit, die einen demokratischen Neuen Menschen forderten: Weder total mit technischen Mitteln formbar noch statisch fixiert wie in traditionellen Gesellschaft unterstellt, ging er davon aus, durch Erziehung, demokratiefördernde Institutionen und Vorbilder könne die sozio-kulturelle Natur des Menschen so geformt werden, dass für sie das zivilgesellschaftliche Engagement auch im Weltmaßstab zur Selbstverständlichkeit wird.

Der dritte Aufsatz ist dem Lebenswerk Iring Fetters gewidmet. Sein Verdienst ist nicht nur, die Schriften von Karl Marx aus der dogmatischen Instrumentalisierung des Marxismus-Leninismus durch den Rekurs auf die emanzipatorischen Frühschriften dieses Denkers gelöst und damit das Argumentationsspektrum der



sich seit dem Ende der 1960er Jahre auch in der Bundesrepublik allmählich durchsetzenden Zivilgesellschaft bereichert zu haben. Darüber hinaus hat er als Theoretiker öffentlich gegen eine konservative Interpretation der Demokratie argumentiert: Sie ist für ihn kein Zustand, sondern ein durch die jeweiligen sozio-politischen Umstände beeinflusster nichtteleologischer Prozess, der von Durchbrüchen wie in den erfolgreichen bürgerlichen Revolution und Regressionen wie im Faschismus und Stalinismus gekennzeichnet ist. Vor diesem Hintergrund wies er auf die Bedrohungen der Zivilgesellschaft hin, wie sie in der Terrorismusdebatte der 1970er Jahre deutlich wurden. Der linke Terrorismus war für ihn mit bürgerrechtlichen Strukturen unvereinbar, weil er die Diskussion freier und gleicher Individuen als Fundament der Politik ablehnte und für die Anwendung von Gewalt im Namen eines angeblich höheren Rechts optierte. Das rechte Spektrum dagegen war im Sinne der Terrorismusbekämpfung bereit, die Werte der Zivilgesellschaft einzuschränken oder sogar preiszugeben. Fetscher war zudem einer der ersten Vertreter seines Fachs, der die Bürgergesellschaft um die ökologische Dimension erweiterte. Er wurde nicht müde, den verdinglichten Strukturen des corporate capitalism die postmateriellen Normen einer Bürgerassoziation zu konfrontieren, in deren Zentrum die Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschheit steht.

Der letzte, wohl umfangreichste Aufsatz dieses Bandes ist aus einem Nachruf hervorgegangen, mit dem der Verfasser des Politologen Walter Euchner gedachte. Erst beim Schreiben der erweiterten Version des Nekrologs wurde ihm klar, welche entscheidende Rolle zivilgesellschaftliche Perspektiven für die Profilierung des Euchnerschen Werkes gespielt haben. In seiner Auseinandersetzung mit der politischen Philosophie des Frühen Bürgertums arbeitete er zwar deren dezidierte Eigentumsinteressen heraus. Aber in dem Maße, wie sich diese gegenüber feudalen Interessenlagen zum Teil erst revolutionär durchsetzen mussten, generierten sie einen emanzipatorischen „überschießenden Gehalt“, der die entscheidende normative Ressource der Zivilgesellschaft darstellt. Auch seine Analysen des Marxismus und der politischen Konzeption der Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zum Ende der Ersten Republiken in Deutschland und Österreich zeigen diese zivilgesellschaftliche Kontinuitätslinie auf, welche die demokratische Arbeiterbewegung mit dem Emanzipationsprojekt des Frühen Bürgertums verbindet. Zivilgesellschaftliche Kriterien waren für Euchner zugleich die entscheidende Messlatte, mit der er die Entwicklung des bundesrepublikanischen Parlamentarismus von Ende der 1960er Jahre bis zu seinem Tod bewertete und kritisierte. Und nicht zuletzt zeigte er in seiner Auseinandersetzung mit neueren Tendenzen der Biopolitik und des futuristischen Derivats der Life Sciences auf, dass die Zivilgesellschaft nicht nur von fundamentalistischen Herausforderungen religiöser Art, sondern auch von einer technischen Aufrüstung des Menschen bedroht ist, die den alten homo sapiens durch eine neue Spezies auf der Grundlage der sogenannten Künstlichen Intelligenz zu ersetzen vorgibt.

Dieser Sammelband ist dem Andenken meines Freundes und Kollegen Walter Euchner (1933 bis 2011) gewidmet.

# ***Politische Partizipation und Apathie in antiker und moderner Perspektive<sup>1</sup>***

I

Dass die Beschäftigung mit der modernen Demokratie die Auseinandersetzung mit ihrem antiken Ursprung<sup>2</sup> voraussetzt, ist eine umstrittene Hypothese. So lassen diejenigen, die einen solchen Strukturbezug verneinen, die Geschichte der demokratischen Herrschaftsform erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit der Amerikanischen und der Französischen Revolution beginnen. Die Argumente, auf die sie sich berufen, sind oft genannt worden: Weder kannte die athenische Demokratie Repräsentation und auf Dauer gestellte Parteien. Noch gab es in ihr eine naturrechtlich begründete, dem staatlichen Zugriff tendenziell entzogene Sphäre individueller Grund- und Menschenrechte sowie ein professionalisiertes Rechtssystem, das, auf der Trennung von Moralität und Legalität beruhend, zu einer Verrechtlichung des politischen Systems führte, wie sie für die moderne Demokratie charakteristisch ist. In der attischen Polis, so wird weiter argumentiert, existierte kein gesellschaftlicher und politischer Sachverhalt, der nicht der Entscheidungsbezugnis der Volksversammlung unterstand.

Die liberale Demokratie dagegen reduziere den Demokratieprimat auf ein Politikfeld unter anderen: Vom unmittelbaren Mehrheitsentscheid seien der Rechtsstaat mit seiner Garantie richterlicher Unabhängigkeit, das Föderativsystem, die Landeszentralbanken und das Sozialstaatsprinzip ausgenommen. Dem Bundesverfassungsgericht werde sogar unabhängig vom Parlament die Befugnis eingeräumt, vorkonventionell majoritäre Gesetze außer Kraft zu setzen oder zu modifizieren. Vor allem aber sei die direkte Volksherrschaft der Antike auf überschaubare Stadtstaaten festgelegt, während sich die modernen Demokratien von Anfang an auf großflächige Territorien ausrichteten. Und schließlich habe die attische Demokratie Herrschaft als eine natürliche Größe begriffen, während ihre neuzeitlichen Nachkommen sie konsensual auf den Vertrag ursprünglich Gleicher und Freier gründeten.

Ist angesichts dieser tief greifenden Divergenzen der Versuch, die politische Partizipationsbereitschaft attischer Demokraten zu einer analytischen Folie zu stilisieren, auf der sich die Gründe für die weit verbreitete politische Apathie der Bürger in den liberalen Demokratien heute abbilden lassen, nicht von vorne herein ein Irrweg? Wird ein solcher Rekurs nicht allein schon durch die gänzlich verschiedenen sozio-politischen Rahmenbedingungen antiker und moderner Bürgerbeteiligungen blockiert? Müssen, marxistisch gesprochen, Skavenhaltergesellschaften

---

1 Andreas Mehl habe ich für die kritische Lektüre dieses Aufsatzes und wichtige Hinweise zu danken.

2 Meine Informationen über die athenische Demokratie habe ich folgender Forschungsliteratur entnommen: Meier 1970; Tarkainen 1972; Finley 1980; Bleicken 1986; Kagan 1992; Pabst 1992; Walter 1993; Eder 1995; Welwei 1999. Da für den in diesem Aufsatz angestellten Vergleich nur bekannte Informationen über die athenische Demokratie eine Rolle spielen, verzichte ich im Detail auf explizite Nachweise, die der angegebenen Forschungsliteratur zu entnehmen sind.

auf der Grundlage agrarischer Oikos-Wirtschaften nicht gänzlich andere Motivationslagen bzw. Apathiepotenziale hervorbringen als ein globalisierter Kapitalismus auf postindustriellem Niveau? Doch wer diesen marxistischen Problemhorizont ernst nimmt, hat sich mit einem Sachverhalt auseinanderzusetzen, den Marx in den Kunstwerken der antiken Griechen feststellen zu können meinte. Zwar seien sie an gewisse gesellschaftliche Entwicklungsformen gebunden. Aber dennoch gelte der Satz, „daß sie uns noch Kunstgenuss gewähren und in gewisser Beziehung als Norm und unerreichbare Muster gelten“<sup>3</sup>, obwohl sich der sozio-ökonomische Kontext heute im Vergleich zur Antike grundlegend geändert hat. Warum sollte diese Aussage nicht auch auf andere Überbauphänomene wie die auf Selbstbestimmung zielende politische Ethik der attischen Demokraten zu beziehen sein?

Dies vorausgesetzt, ist meine These, dass sich das Gelingen demokratischer Partizipation und die ihr entsprechende Verhinderung politischer Apathie in ihren antiken Ursprüngen in der attischen Volksherrschaft unverstellter rekonstruieren lässt, als in den späteren Entwicklungsphasen der modernen Demokratie, in denen sie Kompromisse eingehen und zahlreiche Verwerfungen über sich ergehen lassen musste, um auch für ihre Gegner akzeptabel zu sein.<sup>4</sup> Aber gleichzeitig liegt es dem Verf. fern, die attische Demokratie zu einem Ideal zu stilisieren, in dessen Licht der Zustand ihrer modernen Variante heute nur als Tiefpunkt einer längerfristigen Verfallsgeschichte erscheinen muss. Und noch weniger kann es ihm um eine romantisierende Reaktualisierung eines in der Weltgeschichte einmaligen und unwiederholbaren Vorganges gehen: Der Rekurs auf ihn hat ausschließlich kognitive Gründe. Was Fritz W. Scharpf einst über das Demokratiepotezial der Kritischen Theorie bemerkte, trifft in gewisser Weise auch auf eine aktualisierende Deutung der attischen Demokratie zu: Ohne die in ihr gelebte Selbstbestimmung des *Demos* zu einem operationalen Strukturmodell zu verdichten, soll sie vielmehr als kritischer Maßstab zur „Aufdeckung unnötiger Herrschaft und unausgeschöpfter Partizipationschancen“<sup>5</sup> der modernen liberalen Demokratie unter den Bedingungen des heutigen Konsumkapitalismus dienen.<sup>6</sup>

Dennoch kann die attische Demokratie als kritisches regulatives Prinzip nur dann greifen, wenn es neben den genannten Differenzen zumindest rudimentäre Übereinstimmungen zwischen beiden Varianten gibt. Zwar sind die dunklen Seiten der attischen Demokratie nicht zu leugnen: Wie ihr Imperialismus nach den Perserkriegen zeigt, entwickelte sie eine außenpolitische Dynamik, die mit zu ihrem eigenen Untergang beitrug. Doch wird man ihr nicht gerecht, wenn man ihr die restriktiven Kriterien der Vollbürgerschaft vorhält, die sie als Demokratie disqualifiziere. Wer so argumentiert, vergisst, dass die erste moderne Demokratie der Welt in den USA erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Sklaverei abschaffte und z. B. in Deutschland nicht vor 1918 das Frauenwahlrecht eingeführt wurde. In gewisser Weise kann die Vollbürgerqualifikation der attischen Demokratie sogar als ein früher Vorläufer des allgemeinen Wahlrechts interpretiert werden. Das

3 Vgl. Marx 1953, S. 31.

4 Vgl. Saage 2005, S. 237–260.

5 Scharpf 1975, S. 55.

6 Vgl. Barber 2007.

# **Toleranz und Demokratie**

## **Zur Vorgeschichte und Zukunft des liberalen Pluralismus**

Dass Toleranz im engen Konnex mit dem Partizipationshandeln der Bürger jenseits staatlicher Reglementierung zu sehen ist und der eine Begriff den anderen bedingt und umgekehrt, ist für das deutsche Publikum alles andere als selbstverständlich. Noch immer kann die von Bodin, Hobbes und Carl Schmitt geprägte Vorstellung große Plausibilität für sich reklamieren, dass erst der starke Staat bürgerliche Freiheiten und Toleranz in dem Maße ermöglicht habe, wie er in der Frühen Neuzeit die pluralen religiösen Kräfte zähmte und neutralisierte. Im Folgenden soll demgegenüber die These vertreten werden, dass dieses Paradigma insofern einseitig ist, als sich gleichursprünglich eine alternative Linie des politischen Denkens durchsetzte, die umgekehrt argumentierte: Danach können sich Toleranz und Bürgerfreiheit erst dann voll entfalten, wenn sie den Staat in den Dienst ihrer eigenen Garantie stellen. Nur unter dieser Bedingung hat der freiheitliche Pluralismus eine Chance, wie Ernst Fraenkel ihn in der Zweiten deutschen Republik nachhaltig promovierte (vgl. Fraenkel 1968).

Die Einlösung dieses Programms legt folgende Schritte nahe. Idealtypisch vereinfacht, versuche ich zunächst, das Paradigma der Entstehung von Toleranz und bürgerlichen Freiheiten im Schoße des starken Staates am Beispiel der Rekonstruktion dieses Vorganges durch Carl Schmitt zu verdeutlichen (Teil I). Diesem etatistischen Muster innerstaatlicher Befriedung angesichts der religiösen Bürgerkriege des 16. Jahrhunderts in Frankreich, wie Roman Schnur es an der Toleranzkonzeption der so genannten *Politiques*, deren Sprecher Jean Bodin war, festmacht, konfrontiere ich dann als Alternative die Legitimationsstrategien religiöser Meinungsfreiheit im Aufstand der Niederlande in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts und der großen Englischen Revolution von 1642–1649 (Teil II). Anschließend stelle ich am historischen Fallbeispiel der Weimarer Republik und des Dritten Reiches das Scheitern des autoritären Antipluralismus dar (Teil III). Ihm konfrontiere ich dann den zivilgesellschaftlichen Pluralismus, wie Ernst Fraenkel ihn im 20. Jahrhundert als erfolgreiches Ordnungsmodell des 20. Jahrhunderts entwickelte (Teil IV). In einem abschließenden Diskurs erörtere ich die Frage, inwiefern die der liberalen Demokratie zugrunde liegende Pluralismuskonzeption geeignet erscheint, insbesondere den absehbaren sozio-kulturellen Integrationsproblemen des 21. Jahrhunderts gewachsen zu sein (Teil V).

### **I Toleranz und Bürgerfreiheit im starken Staat**

Eine folgenreiche Aktualisierung der etatistischen Rückbindung von Toleranz und Bürgerfreiheit hat Carl Schmitt in seiner Schrift „Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols“ (vgl. Schmitt 1938) vorgenommen. Er wies den Einwand John Lockes gegen den Hobbesschen Leviathan zurück, es sei unsinnig zu unterstellen, die Einzelnen würden aus Angst vor Hunden und Katzen es vorziehen, von einem Löwen gefressen zu werden.

Hobbes Ziel sei es vielmehr gewesen, „durch den Staat die Anarchie des feudalen, ständischen oder kirchlichen Widerstandsrechts und den darauf fortwährend neu entbrennenden Bürgerkrieg zu überwinden und dem mittelalterlichen Pluralismus, den Herrschaftsansprüchen der Kirchen und anderer ‚indirekter‘ Gewalten die rationale Einheit einer eindeutigen, eines wirksamen Schutzes fähigen Macht und eines berechenbar funktionierenden Legalitätssystems entgegenzusetzen“ (Schmitt 1938: 113). Zu einer solchen rationalen staatlichen Macht gehöre die volle politische Gefahrenübernahme und in diesem Sinne die Verantwortung für den Schutz der Staatsunterworfenen. Sei dieser Schutz nicht mehr garantiert, löse sich der Staat auf und die Gehorsampfligkeit der Untertanen entfalle. Seine „natürlichen Rechte“ fielen dann an die Einzelnen zurück. Solange aber der Staat die pluralen Mächte mit ihrem Absolutheitsanspruch neutralisiere und in ihre Schranken weise, schaffe er erst die Bedingung für ein Minimum an öffentlicher Sicherheit, ohne die weder religiöse Toleranz noch Bürgerfreiheiten existieren könnten. Doch deren Grundlage sei die „Relation von Schutz und Gehorsam“ als „Angelpunkt“ der Staatskonstruktion, die sich „mit den Begriffen und Idealen des bürgerlichen Rechtsstaates sehr gut vereinbaren“ (Schmitt 1938: 114) lasse.

Carl Schmitt selbst aktualisierte den religiösen Pluralismus der auf freiwilliger Grundlage in christlichen Gemeinden vergemeinschafteten Individuen der Frühen Neuzeit, wenn er „die alten Gegner, die ‚indirekten‘ Gewalten von Kirche und Interessenorganisationen“ im 20. Jahrhundert „in moderner Gestalt als politische Parteien, Gewerkschaften, soziale Verbände“ wieder erscheinen“ (Schmitt 1938:116) läßt. Die „Mächte der Gesellschaft“ hätten sich „auf dem Weg über das Parlament der Gesetzgebung und des Gesetzesstaates bemächtigt“ (Schmitt 1938: 116). Dass sie den Leviathan vor ihren Karren zu spannen vermochten, so seine These, erleichterte ihnen ein Verfassungssystem, „dessen Grundschema ein Katalog individueller Freiheitsrechte war. Die dadurch garantierte, angeblich freie Privatsphäre wurde dem Staat entzogen, um den ‚freien‘, d.h. unkontrollierten und unsichtbaren Mächten der ‚Gesellschaft‘ ausgeliefert zu werden“ (Schmitt 1938: 117). Die Konsequenzen dieses Vorganges sind von Carl Schmitt und seiner Schule, deren intellektuelles Spektrum von Ernst Forsthoff und Werner Weber bis hin zu Roman Schnur, Bernard Willms und Reinhart Koselleck reichte, immer wieder variantenreich vorgetragen worden. Um Kirchen und Gewerkschaften herum hätten es die heterogenen organisierten Interessen geschafft, ein Parteiensystem zu etablieren, das die selbst noch im Kaiserreich gültige Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft durch den Pluralismus der „indirekten Gewalten“ mühelos zu unterlaufen vermochte. Es gehöre zu deren Wesen, „die eindeutige Übereinstimmung von staatlichem Befehl und politischer Gefahr, von Macht und Verantwortung, Schutz und Gehorsam“ (Schmitt 1938: 117) zu unterlaufen. Die Konsequenzen dieser indirekten Methode lägen auf der Hand: Parteien und Verbände agierten als private Organisationen, gleichzeitig nutzten sie aber jenseits aller Verantwortlichkeit „alle Vorteile der Staatlichkeit für sich“ (Schmitt 1938: 118) aus. Unter den Bedingungen krisenhafter ökonomischer, sozialer und politischer Rahmenbedingungen steuere ein solcher Pluralismus auf den Bürgerkrieg zu, wie Schmitt in seiner Schrift „Der Hüter der Verfassung“ (Schmitt 1985) in der Endphase der Weimarer Republik nachweisen zu können glaubte.

# Immanuel Kant (1724–1804) als politischer Denker

## I Leben und Werk

Das äußere Leben Immanuel Kants, so resümierte einer seiner zeitgenössischen Biografen Ludwig Ernst Borowski, verlief in einem fest gefügten Rahmen, wie er unspektakulärer kaum sein konnte. Nicht nur sein Tagesablauf war vor allem in seinen späteren Jahren an ein starres Muster gebunden, das Abweichungen kaum zuließ; ihm entsprach, dass der Philosoph niemals den Umkreis seiner Heimatstadt Königsberg verließ. Auch seine akademische Laufbahn war durch ein eher unauffälliges Profil gekennzeichnet. „Wir sehen hier beinahe nichts anderes“, so schrieb Borowski, „als die ganz gewöhnliche Laufbahn, die ein Mann, der sich für die Dienste der Universität bestimmt, immer halten muß. Erste Vorbereitung zum Amte, – dann die ersten Ehrenstufen – endlich weiteres Emporsteigen“.<sup>1</sup> Die Stufen der akademischen Karriere Kants sind in jedem der zahlreichen Abrisse seiner Vita nachzulesen<sup>2</sup>; sie sollen daher nur kurz angedeutet werden. Nach dem Besuch der Königsberger Hospitalschule von 1730 bis 1732 wurde er im pietistischen Collegium Fridericianum ausgebildet. Bekannt ist, dass sich Kant in dieser Zeit für die Lektüre der antiken Klassiker begeisterte, während die religiöse Orientierung der Schule bei ihm eine deutliche Abneigung gegenüber dem Pietismus hervorrief. Von 1740 bis 1746 studierte Kant an der Königsberger Universität Philosophie, Mathematik und Naturwissenschaften. Daneben besuchte er regelmäßig theologische Vorlesungen. Außerhalb seines Elternhauses lebend, finanzierte er sein Studium durch Privatstunden. Doch bevor er seinen Entschluss, die wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen, verwirklichen konnte, war er von 1746 bis 1755 Hauslehrer bei verschiedenen Königsberger Familien: eine Tätigkeit, die damals charakteristisch für junge Gelehrte ohne eigenes gesichertes Einkommen war.

Das Jahr 1755 signalisiert den Einstieg Kants in die wissenschaftliche Laufbahn. 1755 promovierte er mit einer Schrift über ein naturwissenschaftliches Thema „De igne“. Im selben Jahr habilitierte er sich mit der Abhandlung „Nova dilucidatio“. Als Privatdozent für Philosophie hielt Kant Vorlesungen über philosophische, naturwissenschaftliche, geographische und theologische Themen. Im April 1756 schaffte er mit seiner dritten lateinischen Abhandlung „Monadologia physica“ die Voraussetzungen fürs Professorenamt. 1763 wird ihm von der Preussischen Akademie der Wissenschaften der zweite Preis für seine Untersuchung „Über die Deutlichkeit der Grundsätze der natürlichen Theologie und der Moral“ zuerkannt. 1764 verzichtete Kant auf eine ihm angebotene Professur für Poetik. Ein Jahr später trat er die Stelle eines Universitätsbibliothekars an der Königlichen Schlossbibliothek in Königsberg an: Es handelte sich um seine erste Anstellung mit festem Gehalt. 1769 lehnte Kant Berufungen an die Universitäten Erlangen

---

1 Ludwig Ernst Borowski: Darstellung des Lebens und Charakters Immanuel Kants, in: Felix Gross (Hg.), Immanuel Kant. Sein Leben in Darstellungen von Zeitgenossen. Die Biographien von L.E. Borowski, R.B. Jachmann und E.A.Ch. Wasianski, Darmstadt 1993, S. 18.

2 Ich orientiere mich an den tabellarischen Lebensläufen Kants bei Uwe Schultz, Immanuel Kant, Reinbek bei Hamburg, S. 162f und Otfried Höffe, Immanuel Kant, München 1983, S. 302 f.

und Jena ab, da ihm eine Professur in Königsberg in Aussicht gestellt wurde. Mit der Übernahme der ordentlichen Professur für Metaphysik und Logik in seiner Heimatstadt hatte Kant den Höhepunkt seiner akademischen Laufbahn erreicht: 1780 wurde er Mitglied des akademischen Senats, 1786 und 1788 Rektor der Universität, um schließlich ab 1794 seine Lehrtätigkeit einzuschränken und sie 1797 ganz aufzugeben. 1803 ernsthaft erkrankt, starb er am 12. Februar 1804.

Der akademische Lebenslauf Kants deutet auf eine reine Gelehrtenexistenz hin, die ihren Weltruhm der berühmten, 1781 erschienenen Schrift „Kritik der reinen Vernunft“ (3, 3–312 und 4, 305–712)<sup>3</sup> verdankt. Allein diese Abhandlung hätte ausgereicht, ihm einen prominenten Platz in der Philosophiegeschichte zu sichern, weil sie eine „Revolution des Denkens“<sup>4</sup> provozierte. Demgegenüber schien lange Zeit der politische Denker Immanuel Kant völlig im Schatten seiner kritischen, die Grenzen, aber auch die Möglichkeiten der Vernunft aufzeigenden Transzendentalphilosophie zu stehen. So waren für Schopenhauer Kants Rechtsphilosophie und politiktheoretische Arbeiten Ausfluss der Senilität seiner späten Lebensphase<sup>5</sup>, und erst seit den 1970er Jahren konnte sich das Interesse an Kants rechts- und politiktheoretischen Reflexionen auf ganzer Front durchsetzen.<sup>6</sup> Es ist hier nicht der Ort, die Gründe für diese verspäte Rezeption zu untersuchen. Doch schon ein Blick in die frühen Biografien, die über Kant von Ludwig Ernst Borowski, Reinhold Bernhard Jachmann und E. A. Ch. Wasianski verfasst wurden, zeigen, dass den Zeitgenossen das politische Profil Kants als hervorragender Charakterzug seiner Persönlichkeit auffiel. Am 24. April 1724 als viertes Kind des Riemermeisters Johann Georg Kants und seiner Frau Anna Regina, geborene Reuter, in Königsberg geboren, wuchs Kant wie der von ihm bewunderte Jean-Jacques Rousseau im Handwerkermilieu auf. Gewiss schärfte dieser Umstand seinen Sinn für den allmählichen Verfall der Ständegesellschaft auch in Preußen und ihre schleichende Ablösung durch die moderne bürgerliche Gesellschaft seit Mitte des 18. Jahrhunderts.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Königsberg zu Lebzeiten Kants einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte: „Seine Heimatstadt ist die wirtschaftlich aufblühende Hauptstadt von Ostpreußen mit einem internationalen Handelshafen, in dem besonders englische Kaufleute Wein und Gewürze aus ihren Kolonien gegen russisches Getreide oder Vieh eintauschen“<sup>7</sup>: Bei aller Vorsicht ist also die These keineswegs gewagt, in der preußischen Enklave Königsberg Keime

3 Bei der Zitierung der Kantschen Texte beziehe ich mich in der Regel auf die von Wilhelm Weischedel edierte Ausgabe: Immanuel Kant: Werke in zehn Bänden, Darmstadt 1968. Die Quellenangaben befinden sich im Text. Die erste arabische Ziffer bezeichnet den jeweiligen Band, die folgende Zahl die Seitenangabe. Die gelegentlich auftauchende römischen Ziffer XIX bezieht sich auf die Akademieausgabe, die arabischen Ziffern auf die Reflexions-Nummer.

4 Höffe, Kant, S. 21.

5 Vgl. Arthur Schopenhauer, Die Welt als Wille und Vorstellung, in: Ders., Werke in zehn Bänden, Bd. II, Zürich 1977, S. 419.

6 Vgl. hierzu zusammenfassend Franco Zotta, Kant und der Besitzindividualismus, in: Richard Saage: Eigentum, Staat und Gesellschaft bei Immanuel Kant, 2. aktualisierte Ausgabe, Baden-Baden 1994, S. 9–14.

7 Höffe, Kant, S. 21.

## **Die deutsche Frage** *Die Erste Republik im Spannungsfeld zwischen österreichischer und deutscher Identität*

Wer die Frage nach der Rolle des Anschlusses der Ersten österreichischen Republik an das Deutsche Reich aufwirft, ist versucht, an den 12. März 1938 zu denken, als unter faschistischen Vorzeichen deutsche Truppen die österreichische Grenze passierten. Doch nicht nur die Alltagssprache ist auf dieses Ereignis fixiert. Auch die historiographische Literatur<sup>1</sup> steht im Bann des Zeitraums zwischen dem 11. März und dem 10. April 1938, in dem Österreich Teil des Herrschaftssystems des deutschen Faschismus wurde. Dabei wird oft übersehen, dass der ursprünglich semantische Gehalt des Begriffs „Anschluss“, den seine entschiedensten Protagonisten ihm beimaßen, etwas ganz anderes meinte: Mit ihm assoziierten sie die Verwirklichung der demokratischen und freiheitlichen Ideale der Revolution von 1848 in einem geeinten Deutschen Reich: ein Tatbestand, um den eine ernsthafte Rekonstruktion der deutschen Frage in der Ersten Republik Österreichs nicht herum kommt. Erst auf seiner historischen Folie, so die These des vorliegenden Artikels, gewinnt die Entwicklung des Anschlussgedankens im Ersten Weltkrieg, in der österreichischen Revolution sowie in der nachrevolutionären Phase ab 1922 ihr spezifisches Profil.

### **I Die deutsche Frage vor dem Ersten Weltkrieg**

„Durch die ganze neuere Geschichte Deutschösterreichs“, schrieb Otto Bauer 1923 in seinem Standardwerk „Die österreichische Revolution“, „zieht sich der Gegensatz zwischen unserem Deutschtum und unserem Österreichtum“.<sup>2</sup> Bauer korrelierte diesen Befund mit der Entstehung eines österreichischen Bürgertums in den Jahren zwischen 1750 und 1850. Das Kennzeichen dieser Epoche war der Gegensatz zwischen der habsburgischen Kaisermacht und der aufstrebenden preußischen Monarchie, der das alte römisch-deutsche Reich unterminierte und schließlich zum Einsturz brachte. Hand in Hand mit der Loslösung der deutschen Bundesländer Österreichs aus dem Deutschen Reich und ihre Einbindung in die zu einem einheitlichen Staat der Habsburgermonarchie zusammenwachsenden Landesteile erfolgte die Herausbildung eines homogenen Rechts- und Wirtschaftsgebietes. Zwar sprach dieses frühe Bürgertum deutsch und setzte sich mit der deutschen Kultur in eins. Doch ihre emotionale Identifikation galt dem Vielvölkerstaat Österreich, nicht dem in zahlreiche Kleinstaaten zerfallenden Deutschland. Diese Situation änderte sich erst mit der Julirevolution von 1830. Jetzt gewann die bürgerliche Intelligenz im Kampf gegen den Absolutismus Metternichs ein geschärftes

---

1 Vgl. Low 1984. In dieser Bibliographie, welche die Anschlussliteratur bis 1984 erfasst, überwiegend bei weitem die Titel, die sich auf die Ereignisse des Jahres 1938 beziehen. Zum Forschungsstand bis Anfang der 1980er Jahre vgl. auch Link/Rumpler 1982.

2 Bauer 1923, S. 49.



politisches Profil. Die Ideen des europäischen Liberalismus aufnehmend und die Vision eines großen geeinten Deutschen Reiches vor Augen, sah sie nicht mehr im rückständigen Österreich ihre politische Heimat, sondern in einem deutschen Vaterland, das die Trennung von Staat und Religion durchführte und zugleich alle sozio-politischen Relikte der feudalen Vergangenheit abschaffte.

Vor diesem Hintergrund „streiten in der Seele des deutschösterreichischen Bürgertums sein Deutschtum und sein Österreichtum gegeneinander. Ihr Gegensatz findet in jeder neuen Generation neue Verkörperung. Er verkörpert sich in den Stürmen von 1848 in dem Kampfe zwischen den Schwarzrotgoldenen und den Schwarzgelben; er ersteht wieder am Beginn der Verfassungsära im Gegensatz zwischen dem deutschen Liberalismus und dem im Gefolge des Feudaladels einhergehenden österreichischen Klerikalismus; er findet in der letzten Generation vor dem Kriege seinen Ausdruck in den Kämpfen zwischen Schönerer und Lueger, zwischen Deutschnationalen und Christsozialen. Die altösterreichische Tradition lebt fort im Altwiener Patriziat, in dem Wiener Kleinbürgertum, in der vom katholischen Klerus erzogenen Bauernschaft der Alpenländer“.<sup>3</sup> Demgegenüber hatte die deutsche Tradition ihre soziale Grundlage in der Intelligenz der nördlichen und östlichen Grenzregionen: Es war die Selbstbehauptung gegen die slawischen Nachbarn, der es der bürgerlichen Intelligenz dieser Grenzländer ermöglichte, die dort ansässige Bauernschaft und das Kleinbürgertum für eine deutsche Identität zu begeistern. Aber Bauer weist wohl zu Recht darauf hin, dass dieser Gegensatz spätestens in der großen europäischen Krise seit 1908 überwunden wurde: Sowohl das Deutsche Reich als auch die Habsburgermonarchie sahen sich durch eine Welt von Feinden bedroht, die zu einer dynastischen Einheitsfront führte. Deutschland stand einem Bündnis der Westmächte mit Russland gegenüber, das nationalistische Kreise nur durch einen Präventionskrieg durchbrechen zu können glaubten, noch bevor Russland durch sein demographisches Wachstum und seine industrielle Modernisierung die Gefahr vergrößerte. Und die österreichischen Patrioten sahen ihr Land durch den Nationalismus im slawischen Süden und in Galizien bedroht. Bereits 1908/09 und während des Balkankrieges 1912 waren sich die Christlichsozialen und die Deutschnationalen einig in der Auffassung, dass nur ein Krieg die Krise beenden könne. „Der Gegensatz zwischen dem Deutschtum“, so resümiert Otto Bauer, „und dem Österreichtum schien überwunden“.<sup>4</sup>

Die deutsche Frage war nicht nur zentral für die Selbstverortung des österreichischen Bürgertums und seiner politischen Parteien; sie wurde nicht minder bedeutsam für die deutsch-österreichische Arbeiterschaft und ihre politische Repräsentanz in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Konstitutiv für ihre Orientierung war das Ziel der Kräfte, welche die 1848er Revolution in Deutschland vorantrieben. Es bestand im Kern darin, die Kleinstaaterei im Deutschen Bund zu beenden und ein einheitliches Deutsches Reich auf dessen territorialer Topographie zu begründen. Schon der Verfassungsentwurf der 17 Vertrauensmänner der stimmführenden Einzelstaaten, welche im Auftrag des Bundestages in Frankfurt

---

3 A.a.O., S. 50.

4 Ebd.

***Faschismus – ein revolutionärer  
Aufbruch in eine alternative  
Modernität?  
Eine Antwort auf Roger Griffins  
„Exploding the Continuum of History“<sup>1</sup>***

I

Nirgendwo zeigt sich im Bereich der Geschichts- und Sozialwissenschaften die Erschöpfung marxistischer Energien nach der Implosion der realsozialistischen Staaten in Europa unverhüllter als in der Faschismusforschung. In der Zwischenkriegszeit zum Demiurg der Theorien über den Faschismus aufgestiegen, erlebten marxistische Analyse-Ansätze der Interpretation des Nationalsozialismus und des italienischen Faschismus in den 1970er Jahren als Gegenbewegung zu der bis dahin dominanten identifizierenden Totalitarismustheorie eine erneute Renaissance. „Faschismustheorien“ im engeren Sinne schienen eine hegemoniale Domäne innermarxistischer Kontroversen und Gelehrsamkeit zu sein, mit der auch andere interpretatorische Richtungen wie modernisierungstheoretische, konflikttheoretische, sozialpsychologische sowie geistesgeschichtliche Ansätze der Faschismusforschung rechneten.<sup>2</sup> Davon kann, aus welchen Gründen auch immer, heute nicht mehr die Rede sein. Doch inzwischen ist die entstandene historiografische Lücke längst gefüllt worden. Zu Recht spricht der britische Faschismusforscher Roger Griffin von einem Neuen Konsens der liberalen Historiographie in der Konzeptualisierung des Faschismus. Dessen eigentliches Profil scheint darin zu bestehen, dass er – zumindest auf den ersten Blick – genau die Strukturmerkmale negiert oder in Frage stellt, worauf marxistische Ansätze fokussiert waren, wenn sie die Genesis des Aufstiegs des Faschismus zur Massenbewegung sowie die Struktur und Funktion faschistischer Herrschaftssysteme freizulegen suchten.

Roger Griffin hat den verdienstvollen Versuch unternommen, das Profil des Neuen Konsenses der liberalen Faschismusforschung heute zu kennzeichnen.<sup>3</sup> Es treffe zwar zu, so betont dieser Ansatz, dass Konservative und Reaktionäre ebenso wie kapitalistische Interessenvertreter den Faschismus im Sinne ihrer eigenen Ziele zu instrumentalisieren suchten. Dennoch müsse davon ausgegangen werden, dass der Faschismus sich als eine autonome revolutionäre Kraft profiliert habe, der es gelang, einen klassenübergreifenden populistischen Einfluss auf die gesellschaftlichen Kräfte unter den krisenhaften Bedingungen der Zwischenkriegszeit in Europa auszuüben. Das Resultat einer zeitlich begrenzten ökonomischen Krise nach dem Ersten Weltkrieg, verstehe sich der Faschismus als Alternative zu einem autoritären Konservatismus, zur liberalen Demokratie und zum Sowjetmarxis-

---

1 Roger Griffin: Exploding the Continuum of History. A Non-Marxist Model of Fascism's Revolutionary Dynamics, in: Matthew Feldman (Hg.): A Fascist Century. Essays by Roger Griffin, Palgrave 2008 (Houndsmill).

2 Zu diesen Ansätzen vgl. neuerdings Richard Saage: Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte. Eine Einführung, Wiesbaden 2007 (VS Verlag für Sozialwissenschaften).

3 Griffin, Exploding (Anm. 1), S. 50f.

mus. Zentrale Ziele für ihn seien weder die Rettung des Kapitalismus vor dem Ansturm des Sozialismus noch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung gewesen. Das Gesetz, unter dem der Faschismus antrat, resultiere aus einer anderen Perspektive: Inspiriert von dem Ziel einer totalitären Umwälzung der politischen, moralischen und ästhetischen Kultur der jeweiligen Nation, habe er auf einen neuen Typ der nationalen Gemeinschaft und einen Neuen Menschen abgezielt. Es handelte sich dem Neuen Konsens zufolge um nichts weniger als um eine soziale, politische, kulturelle und anthropologische Revolution, die sich in der Vision der bevorstehenden nationalen Wiedergeburt verdichtet habe.

Die lokalen Bedingungen und die Kategorien, mit denen der Faschismus den Begriff der „Nation“ artikuliert, entschieden darüber, ob die Überwindung der Dekadenz in Gestalt einer nationalen Renaissance in eine aggressive Außenpolitik, in einen expansionistischen Imperialismus oder in Programme der Rassenvernichtung, der ethnischen Säuberung und sogar des Völkermordes einmündete. Jedoch könne keine dieser Konsequenzen als definitorisches Merkmal des Faschismus als solchen angesehen werden. Wo immer faschistische Bewegungen im Rahmen solcher Politikkonzeptionen, die Gewalt und Zerstörung, ja, Genozide mit einschlossen, agierten, so waren sie eher integrierter Bestandteil des Prozesses der nationalen Wiedergeburt als Zwecke in sich selbst. Schon gar nicht dürfen sie – dieser Interpretationsschule zufolge – als Ausfluss der imperialistischen Natur des Kapitalismus angesehen werden. Die Wichtigkeit, welche die Faschisten einem mythisierten Goldenen Zeitalter in der Geschichte der Nation oder der Rasse beimaßen, könne außerdem nicht mit einem anti-modernen Atavismus oder einer regressiven Nostalgie nach einer verlorenen Idylle verwechselt werden. Vielmehr sei sie mit dem Versuch verbunden worden, vermeintlich „ewige“ Werte der Nation bzw. der Rasse wieder zu beleben: Sie sollten den Weg ebnen für eine neue Ordnung aus dem Geist der Erneuerung und der Regeneration. Die Zielperspektive des Faschismus, so lautet die Hauptthese des Neuen Konsenses, war eine alternative Modernität, die eher das Resultat einer Revolution als das der Reaktion gewesen sei.

Es ist klar, dass dieser Neue Konsens, den Griffin zufolge Joachim Fest in seinem Buch „Der zerstörte Traum“<sup>4</sup> literarisch illustriert hat, in wesentlichen Aspekten konventionellen marxistischen Analysen widerspricht. Griffin selber zählt am Beispiel der nationalsozialistischen Utopie, wie Fest sie entwickelte, die wichtigsten Argumente der marxistischen Kritik an diesem Ansatz auf: Es wird bestritten, dass den Nazis eine genuine ideologische Überzeugung unterstellt werden darf. Fest habe darüber hinaus jeden Bezug zur Rolle des Kapitalismus und der Bourgeoisie ausgeblendet, deren Interessen die Nazis zumindest objektiv vertraten. Ferner neige er dazu, die Rolle des Zukunftsprogramms der Modernisierung der Nazis in einem Maße überzubetonen, dass deren reaktionärer Kampf gegen den Sozialismus, die Arbeiterklasse und ihre politischen und angeblich rassischen Feinde marginalisiert wurde. Die faschistische Mystifizierung der Vergangen-

---

4 Joachim Fest: *Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters*. Berlin 1991 (Corso bei Siedler).

# ***Faschismustheorien*** ***Ihre Bedeutung für die Forschung und*** ***die politische Bildung<sup>1</sup>***

I

Als ich im Jahr 1976 mein Buch „Faschismustheorien“<sup>2</sup> veröffentlichte, reagierte es auf eine ganz spezifische Forschungslage, die untrennbar mit dem damals in der Bundesrepublik Deutschland vorherrschenden politischen Klima verbunden war. Einer im Zeichen der sozial-liberalen Koalition stehenden Tendenz, unter dem Einfluss der Studentenbewegung und ihrer emanzipatorischen Impulse „mehr Demokratie“ zu wagen und gleichzeitig die starre Ost-West-Konfrontation zugunsten einer allmählichen Aufweichung des „Eisernen Vorhanges“, der Deutschland in zwei Teile zerriss, zu lockern, stand eine neo-konservative Opposition gegenüber, die mit der Infragestellung des bisherigen sozio-kulturellen Status quo den Einbruch eines neuen „Totalitarismus“ befürchtete. Diese Polarisierung ging nicht spurlos an der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich vorbei. Bis Ende der 1960er Jahre im Schatten der identifizierenden Totalitarismustheorie einerseits und einer personalisierenden Deutung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems als eines von dämonischen Kräften verursachten „Betriebsunfalls“ der Geschichte andererseits stehend, die den an sich gesunden deutschen Staat in den abschüssigen Strudel des nationalsozialistischen Reichs der „niederer Dämonen“ gerissen habe, trat nun in Gestalt einer akademischen Marxismus-Rezeption eine Alternative gegenüber, die von vielen als Provokation empfunden wurde.

Für kurze Zeit wurden in der Faschismusforschung der Bundesrepublik Fragen relevant, welche die damals herrschende Totalitarismustheorie bzw. personalisierende Deutung des Dritten Reiches relativierten: Welche gesamtgesellschaftliche Klassenkonstellation ermöglichte jene „verselbständigte Exekutive“ auf dem Boden der liberalen Demokratie, die den Weg zum Faschismus ebnete? Welchen Anteil hatte die deutsche Großindustrie an der faschistischen Machtübergabe? In welchem Maße waren großindustrielle Gruppen an der militärischen Expansion in Osteuropa beteiligt? Warum erwies sich der Faschismus vor allem für den alten und neuen Mittelstand so attraktiv, dass er jenem zu einer Massenbasis verhalf? Woran lag es, dass die am besten organisierte Arbeiterbewegung der Welt in Deutschland fast kampflos vor dem Faschismus kapitulierte? War der Faschismus an der Macht wirklich identisch mit jenem monolithischen Machtblock, als den die identifizierende Totalitarismustheorie ihn ausgab? Warum blieb der Faschismus in Italien etatistisch kontrolliert, während er in Deutschland genügend Spielraum besaß, um die staatlichen Strukturen zu destruieren? In welchem Maße hat der Faschismus modernisierend gewirkt? Welche psychischen Strukturen machten bestimmte Bevölkerungsschichten anfälliger für den Faschismus als andere? Diesen Fragenkatalog könnte man beliebig fortführen. Auf einige von Ihnen versuchte

---

1 Vortrag, den ich am 14. März 2008 an der Slowenischen Akademie der Wissenschaften in Ljubljana gehalten habe. Er ist aus meinem im VS Verlag für Sozialwissenschaften in Wiesbaden 2007 erschienenen Buch „Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte“ hervorgegangen.

2 Vgl. Saage 1997.

ich in meinem Band „Faschismustheorien“ durch die Rezeption der einschlägigen Ansätze der Zwischenkriegszeit, aber auch der 1940er Jahre sowie der Nachkriegszeit und der neueren historiografischen Untersuchungsergebnisse eine Antwort zu geben.

Heute hat sich, wie es scheint, die Situation grundlegend geändert. Die Rezeption von Faschismustheorien, mit deren Hilfe man Klarheit zu erlangen suchte über die gesellschaftliche Basis, die Aufstiegsbedingungen, aber auch über die Funktion des Faschismus hat zur Zeit keine Konjunktur. Neue Fragen sind in der Faschismusforschung hegemonial geworden, die das Problem des Faschismus von der Strukturebene auf die Ebene der Opfer verlagert: bis hin zu der deprimierenden Einsicht Primo Levis, dass sich die Geschichte der Konzentrationslager nicht auf die beiden Blöcke der „Opfer und Verfolger“ herunterbrechen lässt. Insbesondere am Beispiel der Sonderkommandos kann Levi zeigen, dass es eine „blühende Grauzone von ‚protekcja‘ (Korruption) und Kollaboration der Opfer in den Lagern“ gab, und zwar der Opfer in ihrer ganzen Bandbreite: von den „mit niederen Funktionen betrauten Häftlinge, die sorgsam über die kleinen Vorteile wachten, die sie gegenüber den anderen Häftlingen genossen, über das Netz der tatsächlich privilegierten Kapos (Aufsehern, R.S.), denen es freistand, nach Lust und Laune ‚die gemeinsten Brutalitäten zu begehen‘, bis zu den Sonderkommandos, die das fürchterliche Schicksal hatten, ihr Leben im KZ dadurch verlängern zu können, dass sie die Gaskammern und Krematorien bedienten“.<sup>3</sup> Sind angesichts dieses „dämonischsten Verbrechens des Nationalsozialismus“ (Primo Levi), nämlich der Erfindung und Organisation von Sonderkommandos, Faschismuskonzeptionen obsolet? Für diejenigen, die in dem subjektiven Leid unzähliger Menschen, das der deutsche Faschismus zu verantworten hat, *den* Tatbestand sehen, der ausschließlich zählt, muss dies sicherlich der Fall sein. Wer aber die sozialen Mechanismen zu dechiffrieren sucht, welche jene menschenverachtende „Grauzone“ erst ermöglichte, kommt um strukturelle, d. h. konzeptionelle Analysen des faschistischen Syndroms nicht herum.

Aber Faschismustheorien können nicht nur aufklären über soziale und psychische Konstellationen, die den Faschismus als Massenbewegung ebenso ermöglichten wie dessen Bündnis mit den traditionellen Eliten der bürgerlichen Gesellschaft: Sie haben auch das Potenzial, sozio-politische Bedingungen anzugeben, unter denen die Gefahr des Faschismus zumindest auf ein Minimum reduziert ist. Insofern sind sie durchaus geeignet, normative Orientierungshilfe für die politische Bildung zu leisten. Um beiden Aspekten gerecht zu werden, konzentriert sich mein Vortrag auf eine einzige Frage: Wie muss im Licht der Faschismustheorien eine Gesellschaft aussehen, die den Faschismus strukturell vermeidet? Auch wenn die meisten theoretischen Ansätze nicht immer explizit die sozio-politische Alternative thematisierten, die sie dem Faschismus gegenüberstellten, so lässt doch der mehr oder weniger kritische Anspruch, mit dem sie ihn analysierten, vermuten, dass sie zumindest *indirekt* von Elementen eines gegenüber den faschistischen Fehlentwicklungen immunisierten Modells ausgingen.

---

3 Browning 1993, S. 244.

## **Zur Rezeption und Aktualität des Austromarxismus Das Beispiel Otto Bauer**

Meine Ausführungen verstehen sich als Beitrag zur Rezeptions- und Aktualisierungsproblematik des politischen und wissenschaftlichen Werks Otto Bauers. Die Interpretationsperspektive ist nicht die der Exegese einzelner seiner Schriften. Erkenntnisleitend ist vielmehr die Frage, wie das von Bauer entscheidend geprägte politische Paradigma des Austromarxismus interpretiert und rezipiert wurde und welche politischen Interessen dieser Rezeption das Profil gaben. Ich unterscheide dabei drei Phasen: 1. Die Zeit vor dem Weltkrieg und während der Ersten Republik. 2. Die Epoche von Bauers Tod 1938 bis Mitte der 1960er Jahre. 3. Die sich anschließende Bauer-Renaissance bis 1989, die den Schwerpunkt meiner Ausführungen bildet. In einem abschließenden 4. Teil entwickle ich einige Gedanken über den aktualisierenden Umgang mit dem politischen und wissenschaftlichen Werk Otto Bauers.

### **I**

Vor dem Ersten Weltkrieg begann Otto Bauers Aufstieg zu einer wissenschaftlichen Autorität, als er im Alter von 25 Jahren im Rahmen der theoretischen Schule des Austromarxismus 1907 seine Studie „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ (I, 49–639)<sup>1</sup> veröffentlichte. Der orthodoxe Marxismus sah in der Nation lediglich einen Reflex oder ein Epiphänomen der materiellen Produktionsverhältnisse. Bauer erkannte, dass diese Deutung der komplexen Dynamik des Nationalismus im Vielvölkerstaat der Habsburgermonarchie nicht gerecht werden konnte. Vielmehr nahm er die Nationalcharaktere der einzelnen Völker ernst, aber er hypostasierte sie nicht zu statischen Entitäten, sondern interpretierte sie als Prozess, abhängig von der materiellen Reproduktion einer Gesellschaft in ihrem jeweiligen historischen Kontext. Dieser methodologische Zugriff ließ ihn zwar vom Nationalcharakter ausgehen, aber nicht als Erklärung, sondern als zu Erklärendes: „Mit der Feststellung der Verschiedenheit der Nationalcharaktere“, so Bauer, „hat die Wissenschaft das Problem der Nation nicht gelöst, sondern erst gestellt“ (I, 74).

Bauers Aufstieg zum anerkannten Experten der Nationalitätenkonflikte in der Habsburgermonarchie machte ihn nicht nur in marxistischen Kreisen der internationalen Sozialdemokratie bekannt; er ist auch die Voraussetzung seines Durchbruchs zum Politiker: Als dessen sichtbares Indiz muss die Tatsache gelten, dass er nach dem Tod Viktor Adlers im November 1918 zum Außenminister im ersten Kabinett Renner berufen wurde. Nach dem Rücktritt Bauers aufgrund des Scheiterns des von ihm engagiert betriebenen Anschlusses der Republik Österreich an das Deutsche Reich avancierte er zum unbestrittenen geistigen Führer der SDAP. Seine Leistung als Politiker und Wissenschaftler kulminierte vor allem in der Wahrung des Erbes Viktor Adlers, das die Einheit der österreichischen Sozial-

---

1 Im Folgenden zitiere ich nach dieser Edition: Bauer 1975–1980. Die Quellenangabe erfolgt im Text. Die römische Ziffer gibt den Band, die arabische die Seitenzahl an.

demokratie zum kategorischen Imperativ erhob. Obwohl es an innerparteilichen Kontroversen – z. B. mit Karl Renner, Max Adler und Friedrich Adler – in fast allen wichtigen Richtungsfragen nicht gefehlt hat, ist charakteristisch, dass am Ende sowohl die rechten als auch die linken Strömungen auf die zentristische Linie Bauers einschwenkten. In diesem Zusammenhang sind folgende von Bauer im Verlauf der Ersten Republik entscheidend mit geprägte Politikfelder zu nennen:

Mit seiner großen Studie über die Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie legte er die Grundlagen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und begründete damit die sozialdemokratische Position nach dem Ersten Weltkrieg sowohl im Umgang mit den Nationen des Vielvölkerstaates als auch mit der Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich. Angesichts der Desorientiertheit des bürgerlichen Lagers in der Umbruchphase 1918/19 trug er nach seiner Rückkehr aus der russischen Kriegsgefangenschaft erheblich dazu bei, dass die SDAP als einzige politische Kraft geschlossen den Übergang von der Monarchie zur Republik vorantreiben konnte. Bauer stabilisierte zudem das sozialdemokratische Selbstverständnis in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus dadurch, dass seine Ablehnung der bolschewistischen Methoden dennoch eine Ausgrenzung linker Strömungen in der Partei vermied. Die russische Oktoberrevolution sei zwar ein welthistorischer Durchbruch des Proletariats, aber ihr Muster könne nicht auf die industriell fortgeschrittenen Länder Mittel- und Westeuropas angewendet werden, ohne eine Katastrophe für die internationale Arbeiterbewegung zu riskieren (II, 223–375).

Bauer konzipierte ferner die theoretischen Grundlagen für die sozialdemokratische Sozialisierungskonzeption (II, 89–131 sowie II, 199–221) das berühmte Linzer Programm von 1926 (V, 393–465) und das Agrarprogramm der SDAP (III, 31–248 sowie III, 283–427). Alle drei Orientierungsrichtlinien verband er mit einem Konzept der Gewinnung einer politisch-geistigen Hegemonie über das Denken und Fühlen der Mehrheit der Bevölkerung. Eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel könne nur graduell und unter der aktiven Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten selbst gelingen, die ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz und gesamtgesellschaftlicher Verantwortung voraussetze. Das Agrarprogramm avancierte in diesem Kontext zu einer Schlüsselstellung, weil es rationale Vorschläge zur Gewinnung der Bauernschaft für das sozialdemokratische Projekt machte, indem es gemeinsame Schnittmengen zwischen deren Interessen und denen der Industriearbeiterschaft sichtbar machte. Dass diese Zielsetzung nicht erreicht wurde, ist nicht auf Defizite der analytischen Substanz des Programms, sondern auf eine Reihe sozio-kultureller Faktoren zurückzuführen, die an dieser Stelle nicht diskutiert werden können. Und das Linzer Programm klärte die Gewaltfrage im defensiven Sinn, wenn nach errungener Hegemonie der SDAP das bürgerliche Lager der Versuchung erliegen sollte, eine Monarchie oder eine faschistische Diktatur zu etablieren.

Mit seiner umfassenden Studie über die österreichische Revolution (II, 489–866) und das dort am empirischen Material entfaltete Konzept des „Gleichgewichts der Klassenkräfte“ entwickelte Bauer ferner vor allem die Kriterien für Ko-

# Demokratie bei Ossip K. Flechthaim

## I Einleitung

Frieder Naschold hat den Begriff „reduzierte Demokratietheorien“ in die politikwissenschaftliche Diskussion der Bundesrepublik Deutschland Ende der 1960er Jahre eingeführt.<sup>1</sup> Was mit diesem schulemachenden Begriff gemeint ist, dürfte allgemein unter der von Josef A. Schumpeter in seinem Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“<sup>2</sup> geprägten Konzeption der „Konkurrenzdemokratie“ bekannt sein: Danach reduziert sich die Demokratie auf eine durch Wahlen erfolgende Einbringung der sozialen Gruppen und Schichten in das politische System, und zwar zu Lasten von Partizipations- und Selbstbestimmungsvorstellungen, die der „alten Demokratie“ als Ausdruck der Autonomie des *Demos* seit der attischen Volksherrschaft im vierten Jahrhundert vor der Zeitenwende inhärent war. An ihre Stelle tritt die Demokratie als Methode zur Generierung allgemeiner Normen und die Effizienz des Leitungspotenzials der durch Wahlen austauschbaren Eliten in Gestalt politischer Parteien.

Die Dominanz der Konkurrenz-Demokratie ist in ihren Anfängen nur zu erklären, wenn man sich das Krisenszenario der Zwischenkriegszeit, aber auch der Nachkriegsepoche ab 1945 vor Augen hält. Angesichts der faschistischen und stalinistischen Herausforderung lässt sich die Maxime der Verfechter der Konkurrenzdemokratie auf eine einzige programmatische Frage zurückführen: Wie kann man durch eine starke Kompetenz der Steuerung der sozialen Prozesse verhindern, was der Republik von Weimar zum Verhängnis wurde: dass nämlich die Mehrheit der Bevölkerung bereit ist, die Grundlagen der liberalen Demokratie zugunsten ihrer Unterwerfung unter eine totalitäre Staatsgewalt zu verhindern? Sowohl Karl Mannheim als auch Josef A. Schumpeter haben aus dieser defensiven Position heraus ihre Option der reduzierten Demokratie dem katastrophalen Szenario der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts konfrontiert. Doch von Anfang an gab es minoritäre Gegenpositionen zu diesem Ansatz, die die Lösung der krisenhaften Herausforderungen nicht darin sahen, dass man Elemente eines effektiven Krisenmanagements vom Gegner übernahm, um ihn besser bekämpfen zu können. Vielmehr sollte die umgekehrte Argumentation gelten: Statt der Zurücknahme der emanzipatorischen Substanz der Demokratie deren Stärkung; statt dem Rückzug auf die nationalstaatlichen Probleme als Aufgabe der Demokratie eine internationale Krisenbekämpfung im Rahmen einer Weltgesellschaft; statt einer pessimistischen Anthropologie das Setzen auf die freiheitlichen Dimensionen der zweiten, d. h. der sozio-politischen (nichtbiologischen) Natur des Menschen; statt dem Rückzug auf das reine Repräsentationsprinzip bei weitgehender Ausschaltung des Volkes von der politischen Willensbildung außerhalb des formalen Wahlakts die Option für ein außerparlamentarisches zivilgesellschaftliches Engagement etc.

Es gibt für die Gründergeneration der deutschen Politikwissenschaft nach 1945 keinen Repräsentanten, der eine solche Gegenposition zum hegemonialen

---

1 Vgl. Naschold 1969.

2 Vgl. Schumpeter 1975 sowie die Wahlstudie Berelson / Lazarsfeld / Mc Phee 1954.



Konzept der Konkurrenzdemokratie als Wissenschaftler und öffentlicher Intellektueller dezidiert vertreten hätte als Ossip K. Flechtheim.<sup>3</sup> Gerade weil er im Licht auch des heute vorherrschenden reduzierten Verständnisses der liberalen Demokratie als „Postdemokratie“ (Crouch) wie ein Solitär wirkt, ist es notwendig, sich erneut seinen alternativen Ansatz der Verbindung von Liberalität, Repräsentation und zivilgesellschaftlicher Bürgerbeteiligung vor Augen zu führen. Die Schwierigkeit eines solchen Unterfangens besteht darin, dass Flechtheim keine in sich geschlossene Demokratietheorie hinterlassen hat, die mit der Stringenz der Argumentation einschlägiger Klassiker von Platon, Aristoteles über Rousseau und Tocqueville bis hin zu Weber, Bauer, Kelsen oder Schumpeter zu vergleichen wäre. Aber in seinen zahlreichen Auseinandersetzungen mit den Krisensymptomen des 20. Jahrhunderts leuchtet doch eine Konzeption von Demokratie durch, die sich ideengeschichtlich durchaus verorten lässt und – gemessen an der Tradition – auch neue Elemente aufweist.

Bei ihrer Rekonstruktion ist zu beachten, dass Flechtheims Denken von drei Theorieelementen imprägniert ist, die auch im Zusammenhang mit seinen demokratietheoretischen Überlegungen eine wichtige Rolle spielen: von Rosa Luxemburgs marxistisch inspirierter Erwartung, dass das 20. Jahrhundert mit der Alternative Barbarei oder demokratischer bzw. humanistischer Sozialismus konfrontiert sei; dass der von Oswald Spengler prognostizierte cäsaristisch, d.h. plebiszitär legitimierte starke Staat als Konsequenz einer durchaus möglichen Fehlentwicklung der globalen Krisenbewältigung auf der Tagesordnung stehe; und dass das methodologische Konzept Arnold Toynbees historischer Abläufe nach dem Muster von „challenge“ und „response“ ein geeignetes Szenario darstelle, um die Diagnose der Zeitkrise und ihre mögliche Therapie analytisch in den Griff zu bekommen.

Der begrenzte Umfang dieses Aufsatzes lässt es nicht zu, noch einmal explizit auf diese analytischen Vorentscheidungen einzugehen. Vielmehr werde ich versuchen, zunächst das Krisenszenario zum umreißen, auf das Flechtheims Demokratiekonzeption reagiert (Teil II). Es folgt dann eine Auseinandersetzung mit Flechtheims Demokratiebegriff selbst. Hier sind zwei Dimensionen zu berücksichtigen. Einerseits hoffe ich, dessen spezifisches Profil durch die Konfrontation mit dem konservativen Demokratieverständnis möglichst prägnant rekonstruieren zu können. Andererseits spricht alles dafür, Flechtheims Ansatz in eine Traditionslinie einzuordnen, auf die er selber nie rekurrierte: auf das Verhältnis von Repräsentation und direkter Demokratie, wie es sich in der Französischen Revolution und in der Interpretation Otto Bauers in der Frühphase der Ersten österreichischen Republik herausbildete (Teil III). Schließlich ist dem Umstand Rechnung zu tragen, dass Ossip K. Flechtheim in weitaus höherem Maße den anthropologischen Grundlagen seines Demokratieverständnisses Rechnung getragen hat als die meisten anderen Politologen nach ihm. Er greift nämlich die Frage Platons nach dem „demokratischen Menschen“ erneut auf, und zwar auf dem Hintergrund der krisenhaften Perspektiven des 20. Jahrhunderts (Teil IV). Und abschließend soll

---

3 Vgl. zur Biografie und zum Gesamtwerk Flechtheims neuerdings Kefler 2007.

Iring Fetschers Verdienst ist es, den Autonomiebegriff Jean-Jacques Rousseaus liberal durch die vorstaatlichen individuellen Freiheitsrechte korrigiert zu haben. Davon legen seine theoriegeschichtlichen Studien, seine Marxrezeption und seine zeitdiagnostischen Interventionen ein beredtes Zeugnis ab. Wie kaum ein zweiter Politologe der Gegenwart gelingt es ihm, durch den Rekurs auf politische Ideengeschichte die historische Dimension und aktuelle Bedeutung der brennenden Zeitprobleme zu erklären, ohne dem Leser das eigene Denken abzunehmen. Nicht von ihm zu verantworten, besteht ein ernüchternder Aspekt seiner Wirkungsgeschichte jedoch darin, dass Politikwissenschaft heute angesichts „zunehmender Szientifizierung“<sup>1</sup> den Emanzipationsgedanken und seine geschichtliche Genese als regulatives Prinzip weitgehend ausgegrenzt hat.

### I Vita

Am 4. März 1922 in Marbach am Neckar als Sohn des Mediziners Rainer Fetscher<sup>2</sup> geboren, der an der TU Dresden als Professor für Soziahhygiene wirkte, besuchte Iring Fetscher von 1928 bis 1932 die Volksschule in Dresden. Er bestand im Frühjahr 1932 die Aufnahmeprüfung des König-Georg-Gymnasiums, das er 1940 mit dem Abitur verließ. Gleichzeitig besuchte er in diesem Jahr eine Dolmetscherschule. Im März 1940 fiel seine Entscheidung für die aktive Offizierslaufbahn. Auf den Rat seines Vaters, der im Übrigen das „Dritte Reich“ abgelehnt und deswegen seine Professur verloren hatte, meldete er sich „zur bespannten, leichten Feldartillerie“.<sup>3</sup> Fetscher bestreitet nicht, dass er ein begeisterter Offizier im Zweiten Weltkrieg war, der in Artillerieregimentern in den Niederlanden, Belgien und der Sowjetunion eingesetzt wurde. Doch seine ungebrochenen intellektuellen Neigungen ermöglichten es ihm, eine überlebenswichtige Distanz zu den Grauen des Krieges zu wahren. So nutzte er die Kampfpausen, um sich mit Sprachstudien, Philosophie und Literatur zu beschäftigen, wie seine Kriegstagebücher eindrucksvoll belegen. Aber gerade dass er den irrümlichen Glauben, für eine „gute“ Sache zu kämpfen, nicht verschweigt und zugibt, trotz zunehmender Nachdenklichkeit noch 1944 von einer „metaphysischen den Krieg und den Tod rechtfertigenden Ideologie beeinflusst“<sup>4</sup> gewesen zu sein, spricht für die Glaubwürdigkeit seines schwierigen Versuches, das eigene Leben verstehen zu wollen. Die Ermordung seines Vaters am 8. Mai 1945 in Dresden durch eine marodierende SS-Streife dürfte ihn von seinen Illusionen über das „Dritte Reich“ befreit haben.

Aufgrund einer Verwundung konnte Fetscher das Kriegsende in Kopenhagen erleben. Aus der britischen Kriegsgefangenschaft entlassen, entschloss er

---

1 Eckhard Jesse/Sebastian Liebold, Politikwissenschaft in Deutschland, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 21 (2011), S. 520.

2 Rainer Fetscher. Gedenkschrift aus Anlass des 100. Geburtstages, herausgegeben von der Technischen Universität Dresden, Ballsdorf 1996. Vgl. hierzu Friedrich Karl Fromme, Auf die Erde zurück. Eine Gedenkschrift aus Anlass zum 100. Geburtstag Rainer Fetschers, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Oktober 1996, S. 11.

3 Iring Fetscher, Neugier und Furcht. Versuch, mein Leben zu verstehen, Hamburg 1995, S. 52.

4 Ebd., S. 189.

sich im Herbst 1946, zum Katholizismus zu konvertieren. Der Protestantismus stieß ihn eher ab, weil seine führenden Vertreter „allzu deutsch, allzu germanisch“ waren.<sup>5</sup> Nach dieser spirituellen Neuorientierung wandte sich Fetscher hoch motiviert in Tübingen seinem Studium zu. Er schrieb sich für das Fach Medizin ein, folgte aber bald seinem Interesse für die Geisteswissenschaften (Philosophie, Germanistik, Romanistik und Geschichte). Fetscher berichtet von sich selbst, er habe vom Herbst 1946 an in erster Linie Philosophie studiert.<sup>6</sup> Großen Einfluss auf seine geistige Entwicklung hatten Studienaufenthalte auf der Insel Port Cros in Südfrankreich und später als Stipendiat, von Eduard Spranger gefördert, in Soisy-sur-Seine und vor allem in Paris. Wahrscheinlich von Lucien Goldmann auf Alexandre Kojève aufmerksam gemacht, traf Fetscher diesen führenden Finanzwissenschaftler des „Secrétariat d’Etat aux Affaires Economiques Européennes“ (später ab 1961 OECD) in einem Pariser Café.

Kojève wurde bekannt durch seine These, die Hegelsche Philosophie fasse ihre von Napoleon geprägte Zeit in Begriffe und habe diesem zu seinem Selbstbewusstsein verholfen, das ihm selber unbekannt gewesen sei.<sup>7</sup> Dieses Muster treffe auch auf die Zeit während des Zweiten Weltkriegs und danach zu, also auf die Periode des Weltbürgerkrieges: Die beiden Kontrahenten – Bolschewiken und Demokraten auf der einen und Faschisten auf der anderen Seite – hätten sich nun zu einer neuen Frontstellung zwischen der sowjetischen (Linkshegelianer) und der westlich kapitalistischen Welt (Rechtshegelianer) transformiert. 1945 interpretierte er Stalin als den Sieger dieser Konfrontation, der nun – durch Kojèves welthistorisches Bewusstsein angereichert – das „Ende der Geschichte“ einleite, „aber inzwischen war die ‚Partie‘ wieder offen: vielleicht würde doch der demokratische Rechtshegelianismus siegen“.<sup>8</sup> Bekanntlich kam der amerikanische Politologe Francis Fukuyama nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums Anfang der 1990er Jahre genau zu diesem Schluss.<sup>9</sup> Fetscher versagte Kojève die uneingeschränkte intellektuelle Gefolgschaft: „Kojève faszinierte mich [...], aber er überzeugte mich nicht“.<sup>10</sup> Kojève konnte Fetscher nicht von der Einsicht abbringen, „dass die Geschichte weitergeht und dass sie – in dem von Hegel angeblich antizipierten Sinn – überhaupt kein Ende haben wird. Der homogene Weltstaat erscheint mir ebenso wenig im Kommen wie die weltweit klassenlose Gesellschaft, und ich halte beides auch keineswegs für wünschenswert“.<sup>11</sup>

Nach Tübingen zurückgekehrt, wurde Fetscher Assistent bei Eduard Spranger, der ihn „als durch und durch preußischer, aber zugleich liberaler und antinationalsozialistischer Lehrer“<sup>12</sup> beeindruckt hatte. Bei Spranger wurde er mit der Arbeit „Hegels Philosophie des subjektiven Geistes und die geisteswissenschaft-

5 Ebd., S. 326.

6 Ebd., S. 343.

7 Vgl. Alexandre Kojève, Hegel. Eine Vergegenwärtigung seines Denkens. Kommentar zur Phänomenologie des Geistes, herausgegeben von Iring Fetscher, Frankfurt a. M. 1975.

8 Fetscher (Anm. 3), S. 379.

9 Vgl. Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte, Wo stehen wir?, München 1992.

10 Fetscher (Anm. 3), S. 384.

11 Ebd., S. 387.

12 Ebd., S. 394.

## ***Nachruf auf Walter Euchner***

Walter Euchner ist am 25. August 2011 nach schwerer Krankheit in Oldenburg verstorben. Mit ihm verliert die wissenschaftliche Welt einen bedeutenden Gelehrten, die deutsche Politikwissenschaft einen ihrer prominentesten Vertreter der politischen Theorie und Ideengeschichte sowie die deutsche Sozialdemokratie einen kritischen, aber loyalen Genossen. Im dunkelsten Jahr der deutschen Geschichte am 31. Oktober 1933 in Stuttgart geboren, ist Walter Euchner, wie Helga Grebing in ihrer Gedenkrede während der Trauerfeier am 2. September 2011 in Göttingen-Herberhausen ausführte, „einer der Letzten, von denen man sagen kann, er wurde in die Arbeiterbewegung hineingeboren. Der Vater seiner Mutter war Sozialdemokrat, beide Eltern Sozialdemokraten, beide seit 1931 in der linkssozialistischen SAP wie Willy Brandt, nach 1933 beide im Widerstand, der Vater acht Monate im Gefängnis, 1941 Soldat, 1944 Tod in Frankreich. Walters Mutter Frida ist 1945 wieder dabei als Vorsitzende der SPD-Frauengruppe Stuttgart-Zuffenhausen, später arbeitet sie hauptamtlich im VdK“. Unterstützt von seiner Ehefrau Jutta, hat Walter Euchner, der in Stuttgart-Zuffenhausen aufwuchs<sup>1</sup>, als Citoyen dieses Erbe über fast sechs Jahrzehnte in der Sozialdemokratie weiter getragen. Nicht nur bildete er als Hochschullehrer an den Universitäten Frankfurt am Main und Göttingen mehrere Generationen von Sozialkundeführer aus, ohne deren Vermittlung einer demokratischen politischen Bildung an die Schülerinnen und Schüler der nachwachsenden Jahrgänge der Aufbau einer Zivilgesellschaft scheitern müsste. Darüber hinaus war er federführend am Ausbau der Göttinger Volkshochschule seit den 1970er Jahren beteiligt.

Euchner war ein politischer Mensch, der durch seine kritischen Stellungnahmen zu tagespolitischen Themen die mediale Öffentlichkeit zu nutzen verstand, wie gerade auch seine zahlreichen Beiträge zu den „perspektiven ds“ in seinen letzten Lebensjahren zeigen. Doch seine Mitgliedschaften in der SPD und in der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS) sowie seine Funktion als Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung haben zu keinem Zeitpunkt seine geistige Autonomie als Universitätsprofessor eingeschränkt. Entsprechend bedeutend sind die Spuren, die sein Werk in der deutschen Politikwissenschaft hinterließen. Nachdem er von 1953 bis 1958 das Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Tübingen, München und Heidelberg mit dem Ersten Staatsexamen abgeschlossen hatte, studierte er von 1958 bis 1963 an den Universitäten Tübingen und Frankfurt am Main Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte. In seiner Tübinger Zeit lernte er Iring Fetscher kennen. Nach dessen Ruf auf einen politikwissenschaftlichen Lehrstuhl an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main führte er dort von 1963 bis 1969 als Wissenschaftlicher Assistent Lehraufträge durch. In dieser Zeit beendete er seine Übersetzung des Hobbeschen „Leviathan“ ins Deutsche, deren Präzision und kongeniale sprachliche Ausdruckskraft im In- und Ausland große Anerkennung fand. Zugleich legte er

---

1 Vgl. die autobiographische Notiz: Walter Euchner, Von der großen Freiheit zur erneuerten Schulpflicht, in: Unser Höfle in Zuffenhausen. Prägende Geschichten aus glücklicher Kindheit. Hg. von den ehemaligen ‚Kindern‘ der Luwigsburger Straße 52–60 in Stuttgart-Zuffenhausen, Stuttgart 2009, S. 134–141.

1967 seine Dissertation über „Naturrecht und Politik bei John Locke“ vor. Sie hat nicht nur das Locke-Bild der Bundesrepublik entscheidend beeinflusst. Darüber hinaus enthält sie eine systematische Gegenüberstellung des traditionellen und des modernen Naturrechts, die das, was sie trennt und verbindet, in gültiger Weise herausarbeitet. Von 1969 bis 1971 war Walter Euchner Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Das Habilitationsprojekt über die Korrelation von Eigentum und Herrschaft in der politischen Ideengeschichte<sup>2</sup> konnte er nicht vollenden, da er 1971 einen Ruf auf die Universitätsprofessur für Politikwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen erhielt. 1999 wurde Euchner emeritiert.

Aus der Fülle der Arbeiten, die seither entstanden sind, ist der Sammelband „Egoismus und Gemeinwohl. Studien zur Geschichte der bürgerlichen Philosophie“ (1973) zu nennen, der die Summe seiner demokratietheoretischen Beschäftigung mit der politischen Ideengeschichte enthält. Diesem Band folgte 1988 seine Monographie über „Karl Marx“, die das Resultat intensiver Auseinandersetzung mit diesem Denker seit den 1960er Jahren ist. 1992 hat er die zweibändige Edition „Klassiker des Sozialismus“ herausgegeben, die in eindrucksvoller Weise das internationale Spektrum des sozialistischen Diskurses aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart dokumentiert. Im Jahr 2000 erschien seine Abhandlung „Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland“ von den Anfängen bis 1933, die in dem von Helga Grebing herausgegebenen Standardwerk „Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland“ erschienen ist. Diese Untersuchung enthüllt in klassischer Weise, worauf es der Sozialdemokratie seit ihren Anfängen ankam: Die konkrete Einlösung dessen, was die bürgerliche Aufklärung der Menschheit versprochen hatte, nämlich die Befreiung von fremdbestimmter Arbeit und drohender Arbeitslosigkeit, um auch den proletarischen Parias der modernen Industriegesellschaft „die Würde des aufrechten Ganges (Bloch) zuteil werden zu lassen“ (Euchner).

Wie wenige Politologen in der Bundesrepublik hat Walter Euchner es verstanden, die Erkenntnisse aus den Auseinandersetzungen mit der Geschichte der politischen Ideen für die Analyse der Gegenwartsprobleme fruchtbar zu machen. Davon zeugen seine Untersuchungen des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik und der Enquetekommission der Länder (zusammen mit Frank Hampel und Thomas Seidl) ebenso wie seine 2008 publizierte Aufsatzsammlung „Die Funktion der Verbildlichung in Politik und Wissenschaft. Politik und politisches Denken in den Imaginationen von Wissenschaft und Kunst“. In diesem Band spürte Euchner das Politische auf, wo man es auf den ersten Blick gar nicht vermutet: in der Anthropologisierung des Tierreichs, in den germanischen Mythen der Rechten, in den Gedichten Rilkes, in den Liedern der Revolution von 1848, in den Bildprogrammen der nationalen Symbolik Frankreichs und Deutschlands sowie in den futuristischen Zukunftsszenarien, in der die Menschen ihre eigene Evolution selbst in die Hand nehmen.

---

2 Vgl. Walter Euchner, Das Verhältnis von Eigentum und Herrschaft als Problem der politischen Theorie, in: Walter Euchner (Hg.), Der historische Aspekt sozialwissenschaftlicher Theorie und politische Bildung. Gedenkschrift für Bruno Seidel, Göttingen 1975, S. 101–120.

## Personenregister

### A

Abramovic, Raphael R. 123  
Adenauer, Konrad 189  
Adler, Friedrich 68, 70f., 114  
Adler, Max 114f., 118, 120, 169, 175  
Adler, Viktor 73, 113  
Adorno, Theodor W. 153, 169, 177  
Agnoli, Johannes 195f.  
Aischylos 117  
Alexander der Große 24,  
Althusser, Louis 169  
Aquino, Thomas von 160, 162, 165  
Arendt, Hannah 102  
Aristoteles 21, 28, 30f., 60, 128f., 137, 139,  
160f., 162, 164f.  
Audi, Robert 45

### B

Babeuf, Francois Noel 176  
Bahro, Rudolf 135  
Barber, Benjamin R. 24  
Bast, Jürgen 42  
Bauer, Otto 12f, 14, 65f., 67f., 70f., 72, 74,  
76f., 78f., 80, 88, 93, 100, 113–124, 128,  
134f., 138, 154, 175  
Bebel, August 174  
Benjamin, Walter 85, 94  
Berger, Peter L. 46f.  
Berlusconi, Silvio 30  
Bernal, John Desmond 184  
Bernstein, Eduard 169  
Blair, Tony 194  
Bloch, Ernst 138, 158, 169  
Bodin, Jean 35, 37f.  
Böll, Heinrich 149  
Bonaparte, Louis 92f.  
Borkenau, Franz 90  
Borowski, Ludwig Ernst 49f., 51  
Brandt, Willy 149  
Braunthal, Julius 117, 123  
Brecht, Bertolt 149  
Brockdorf-Rantzau, Ulrich Graf 76  
Broszat, Martin 42, 89, 101  
Brzezinski, Zbigniew 102  
Bucharin, Nikolai Iwanowitsch 177  
Büchner, Georg 173  
Burckhardt, Jakob 20,  
Burke, Edmund 147  
Butler, Samuel 184

### C

Canetti, Elias 149  
Carsten, Francis Ludwig 81  
Chamberlain, Houston Stewart 130  
Cicero 165  
Clémenceau, Georges 76  
Crouch, Colin 10, 27f., 30, 128

### D

Dahrendorf, Ralf 91, 103  
Dan, Theodor 123  
Darwin, Charles Robert 179f., 181, 183f.,  
185f.  
Dawkins, Richard 180, 183  
Dennet, Daniel 185  
Descartes, René 184  
Diderot, Denis 153  
Dimitroff, Georgi 92, 99  
Diner, Dan 154  
Dollfuß, Engelbert 79, 116, 120  
Downs, Anthony 24f., 136  
Dschingis Khan 177

### E

Ebert, Friedrich 75  
Eisner, Kurt 77, 133  
Ellenbogen, Wilhelm 117, 119  
Engels, Friedrich 168, 174  
Eppler, Erhard 148, 151  
Erhard, Ludwig 190  
Eschenburg, Theodor 144  
Euchner, Frida 157  
Euchner, Jutta 157  
Euchner, Walter 15, 37, 44f., 154f., 157–199

### F

Farinacci, Roberto 89  
Fest, Joachim 84, 87f.  
Fetscher, Iring 14f., 141–155, 157  
Fetscher, Rainer 141  
Fichte, Johann Gottlieb 58  
Fischer, Heinz 116  
Flechtheim, Ossip K. 14, 127–139, 154  
Forst, Rainer 40  
Forsthoff, Ernst 41  
Fraenkel, Ernst 21, 35, 42, 44f., 46, 130, 132,  
175, 190  
Freud, Sigmund 169  
Friedrich, Carl Joachim 102

## 208 Personen- und Sachregister

Friedrich, Manfred 191  
Fromm, Erich 106  
Fukuyama, Francis 142

### G

Gehlen, Arnold 185  
Gierke, Otto von 43  
Gobineau, Arthur de 130  
Goerdeler, Carl 104  
Goethe, Johann Wolfgang von 137, 143, 149  
Goldmann, Lucien 142  
Gorbatschow, Michael 139  
Gramsci, Antonio 85, 88, 94, 100, 169  
Grebing, Helga 151, 154, 157f.  
Green, Joseph 50  
Griffin, Roger 83f., 85f., 92, 94f.  
Grimm, Jakob und Wilhelm 149  
Grotius, Hugo 52  
Gulick, Charles A. 117

### H

Haase, Hugo 134  
Habermas, Jürgen 44f., 46, 191f., 193  
Haldane, John Burdon Sanderson 184f.  
Hammerstein-Equord, Kurt von 41  
Hampel, Frank 158, 191, 199  
Hanisch, Ernst 123  
Harich, Wolfgang 152  
Hassemer, Winfried 46  
Havemann, Robert 135  
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 9, 59, 142f.,  
168f., 170f., 173  
Heidegger, Martin 151  
Heller, Agnes 179  
Heller, Hermann 175  
Hennis, Wilhelm 45, 188  
Herder, Johann Gottfried 153  
Heß, Moses 174  
Hilferding, Rudolf 169, 175  
Himmler, Heinrich 42  
Hindels, Josef 117  
Hitler, Adolf 42, 80f., 89f., 103f., 117  
Hobbes, Thomas 35f., 37, 39, 43, 52f., 54,  
56f., 60f., 145f., 147, 157, 160f., 163, 165f.,  
167f., 184  
Hölderlin, Friedrich 138  
Hooker, Richard 162  
Horkheimer, Max 143, 153, 169, 177

### J

Jachmann, Reinhold Bernhard 50f.

Jaurès, Jean 176  
Johannsen, Wilhelm 179  
Jünger, Ernst 149

### K

Kagan, Donald 26  
Kant, Anna Regina 50  
Kant, Immanuel 11, 49–62, 131, 161, 164,  
168  
Kant, Johann Georg 50  
Kästner, Erich 149  
Kautsky, Karl 119, 169, 174  
Kelsen, Hans 128  
Kennedy, John F. 27  
Kirchheimer, Otto 101  
Klages, Ludwig 151  
Kojève, Alexandre 142  
Körner, Theodor 115  
Korsch, Karl 169  
Koselleck, Reinhart 35  
Kreisky, Bruno 117  
Krzleza, Mirosław 149  
Kurras, Karl-Heinz 149

### L

Labriola, Antonio 169  
Laclau, Ernesto 85, 88, 94  
Lagarde, Paul de 130  
La Mettrie, Julien Offray de 184  
Lansing, Robert 76  
Laski, Harold 43, 45, 133  
Lassalle, Ferdinand 174  
Leibniz, Gottfried Wilhelm 184  
Leichter, Otto 116f.  
Lenin, Wladimir Iljitsch 122, 144, 169, 177  
Leser, Norbert 118f.  
Levi, Primo 98  
Lloyd George, David 76  
Locke, John 35, 52f., 54f., 56, 61, 147, 158,  
161f., 164f., 166f., 168  
Lübbe, Hermann 192  
Lueger, Karl 66  
Luhmann, Niklas 196f.  
Lukàcs, Georg 95, 169  
Luxemburg, Rosa 128, 169  
Lyssenko, Trofim Denissowitsch 184

### M

Macpherson, Crawford B. 145, 147, 163, 165f.  
Mandeville, Bernard 160, 168  
Mann, Golo 143

Mann, Thomas 149  
 Mannheim, Karl 127, 129f., 135, 137  
 Mao Zedong 169, 177  
 Marat, Jean Paul 145  
 Marcuse, Herbert 153, 176f.  
 Markl, Hubert 180  
 Marx, Karl 14, 20, 92f., 100, 123, 137, 143f.,  
 158, 168f., 170, 172f., 174, 198  
 Mazzini, Guiseppe 198  
 Meinecke, Friedrich 104  
 Mendel, Gregor 179  
 Mendelssohn, Moses 38  
 Michels, Robert 134  
 Mill, John Stuart 37, 148, 161  
 Mommsen, Hans 13, 90, 101  
 Morkel, Arnd 188  
 Morus, Thomas 138, 174  
 Motherby, William 50  
 Mozetič, Gerald 118  
 Münkler, Herfried 146, 154  
 Müntefering, Franz 194  
 Mussolini, Benito 42, 89, 115

**N**

Napoleon 122, 142  
 Naschold, Frieder 127  
 Naumann, Friedrich 69  
 Neumann, Franz L. 42, 101, 106  
 Nietzsche, Friedrich 130  
 Nippel, Wilfried 21, 23  
 Nolte, Ernst 105  
 Novalis 149

**O**

Offe, Claus 45  
 Ohnesorg, Benno 149  
 Orwell, George 138  
 Osborne, Peter 85, 94

**P**

Pareto, Vilfredo 130, 136  
 Parson, Talcott 91  
 Perikles 21, 31  
 Pfahl-Traugber, Armin 46  
 Platon 21, 28, 31, 128f., 136, 139, 161, 173,  
 177  
 Plechanow, Georgi Walentinowitsch 176  
 Plessner, Helmuth 105, 137, 185  
 Poulantzas, Nicos 88, 100  
 Preuß, Hugo 75  
 Pufendorf, Samuel 52

**R**

Radbruch, Gustav 164  
 Ratzinger, Joseph 46  
 Rawls, John 44  
 Reagan, Ronald 32, 178  
 Reich, Wilhelm 105  
 Renner, Karl 12, 69f., 72f., 80, 114f., 117f.,  
 119, 169, 173, 175  
 Rigotti, Francesca 178  
 Rilke, Rainer Maria 158  
 Ritter, Gerhard 104  
 Roberts, David D. 95  
 Robespierre, Maximilien 60, 145  
 Rodbertus, Karl 177  
 Röhm, Ernst 89  
 Roosevelt, Franklin D. 32  
 Rousseau, Jean-Jacques 43, 50, 52, 59f., 128,  
 132f., 144f., 161, 168

**S**

Saage, Richard 38f., 40, 42, 154  
 Saint Just, Louis Antoine de 145, 177  
 Saint-Simon, Claude Henri de 177  
 Sandkühler, Hans-Jörg 118, 122  
 Sartre, Jean Paul 149, 169  
 Say, Jean-Baptiste 177  
 Schäfer, Gert 154  
 Scharpf, Fritz W. 20  
 Scheidemann, Philipp 73  
 Scheler, Max 185  
 Schelsky, Helmut 192  
 Schiller, Friedrich 149  
 Schmidt, Alfred 168  
 Schmitt, Carl 35f., 37f., 39, 41f., 43, 130  
 Schnur, Roman 35f., 38f.  
 Schober, Johannes 79  
 Schoenbaum, David 91  
 Schönerer, Georg von 66  
 Schopenhauer, Arthur 50  
 Schröder, Gerhard 191, 193f  
 Schulz, Walter 144  
 Schumpeter, Josef A. 14, 24, 32f., 103, 127f.,  
 129f., 133, 135f., 137  
 Seidl, Thomas 158, 191, 199  
 Seipel, Ignaz 77f., 118f.  
 Senghaas, Dieter 153  
 Shakespeare, William 117  
 Sieyès, Emmanuel Joseph 87  
 Smith, Adam 58, 177  
 Sorel, George 177  
 Spee, Friedrich von Langefeld 149  
 Spengler, Oswald 128



## 210 Personen- und Sachregister

Spinoza, Baruch 37f., 163  
Spranger, Eduard 142, 144  
Stahl, Friedrich Julius 38  
Stalin, Josef 121, 142, 171, 177  
Stein, Heinrich Karl vom und zum 104  
Stein, Tine 45  
Stock, Gregory 185  
Stürgkh, Karl Graf 68

### T

Talmon, Jacob 145  
Tardieu, André 76  
Thalheimer, August 93  
Thatcher, Margaret 178  
Theweleit, Klaus 106  
Thomas, Keith 146  
Thukydides 21  
Tibi, Bassam 153  
Tito, Josip Broz 169  
Tocqueville Alexis de 128  
Tönnies, Sibylle 47  
Toynbee, Arnold 128  
Trotzki, Leo 93, 137, 177

### V

Vega, Rafael de la 118, 122

### W

Wasianski, E. A. Chr. 50f.  
Webb, Beatrice 121  
Webb, Sidney 121  
Weber, Max 128, 160, 191  
Weber, Werner 36  
Weldon, Thomas Dewar 159  
Wells, Herbert George 131f.  
Willems, Ulrich 46  
Willms, Bernard 35  
Wilson, Edward 180  
Wissell, Rudolf 175  
Wolterstorff, Nicholas 45

### Z

Zotta, Franco 55

## Sachregister

### A

Absolutismus, aufgeklärter 61  
Adel 58  
Agenda 2010 194  
Aggression 181  
Allgemeiner Wille, auch *volonté générale* 55, 58  
Altruismus 82  
Ancien Régime 86f., 88f.  
Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 65, 74f., 76f., 79, 124  
Anthropologie, auch menschliche Natur 137, 159, 164, 178  
Antikapitalismus 88  
Antikommunismus 103, 105  
Antipluralismus 35, 41f., 43  
Antisemitismus 107  
Apathie, politische 10, 22, 25, 27f., 30f.  
Arbeit 54, 158, 165, 173  
Arbeiterbewegung 84, 92f., 97, 117, 173, 176  
– internationale 114, 168  
– kommunistische 42

– organisierte 92f.  
– sozialdemokratische 9, 12, 42, 66, 117  
Arbeiterklasse 78, 84, 89, 169, 171, 184  
Arbeiterpartei, sozialdemokratische 13  
Arbeiterräte 72  
Arbeiterschaft 116  
– österreichische 71, 120  
– sozialdemokratische 115  
Arbeitseigentum 54  
Aristotelismus 160  
Aufklärung 153  
Aufrüstung, technische 15, 186  
Austrofaschismus 79, 93, 116f., 124  
Austromarxismus 14, 88, 113, 116f., 118, 121f., 123f., 134, 169  
Autonomie, auch Selbständigkeit 22, 23f., 28, 32, 46, 60, 72

### B

Besitzindividualismus 145f., 166  
Bildung, politische 21

Biopolitik, auch Sozialbiologie 179f., 183  
 Bolschewismus 77, 116, 118, 142, 147  
*bonum commune*, auch Gemeinwohl 23, 60,  
 159f., 161  
 Bürgerinitiative 133  
 Bürgerkrieg 36, 38, 42, 44, 167  
 Burgfriedenspolitik 70, 175

## C

Citoyen 23  
 Code Napoléon 62

## D

Darwinismus 184f.  
 Demokratie, auch Volksherrschaft 15, 31,  
 41, 148, 182, 198  
 – attische 10, 19f., 21f., 23, 26f., 28f., 31f.,  
 33, 40, 138  
 – bürgerliche 93  
 – direkte 29, 128, 195  
 – funktionelle 134, 175  
 – innerparteiliche 30  
 – kollektive 175  
 – liberale 10, 19f., 21, 23f., 25, 27, 32, 42, 83,  
 102f., 121, 128f., 135, 196  
 – moderne 19f., 21, 27, 45  
 – parlamentarische 135, 159, 198  
 – partizipatorische 136, 138  
 – pluralistische 132  
 – reduzierte 103, 127  
 – repräsentative 29, 189  
 – soziale 175  
 – westliche 9, 121, 195  
 Demokratietheorien, reduzierte 127, 129  
 Demokratisierung, auch Demokratisierungs-  
 prozess 9, 74, 102, 104, 130, 135  
 Demos 13, 20, 22, 26, 103, 130  
 Depotenzierung des Ego 180  
 Despotie 60f. 70  
 Dezisionismus, faschistischer 41  
 Diäten 21, 31, 138  
 Diktatur  
 – faschistische 9, 106, 114  
 – präsidentale 42  
 – proletarische 169  
 – stalinistische 120, 177  
 Donauföderation 71, 76

## E

Edler Wilder 58  
 Egoismus 163

Eigentum, auch Privateigentum 53f.  
 – individuiertes 55f.  
 – peremptorisch-rechtliches 55  
 – provisorisch-rechtliches 55  
 Eigentümer, auch Besitzbürger 53, 57  
 Eigentumsschranke 55  
 Eiserner Vorhang 102  
*ens sociale* 164  
 Erkenntnisinteresse, emanzipatorisches 199  
 Ethnie 13, 107  
 Eurokommunismus 14, 120  
 Europäische Union 107, 198  
 Evolution, auch Evolutionsstheorie 179f.,  
 182f., 185f.

## F

Faschismus, deutscher und italienischer 9,  
 12, 65, 83, 85f., 88f., 90, 92f., 94f., 98f.,  
 101f., 103, 105f., 107, 116, 131, 148  
 Faschismusforschung 85, 97, 103f.  
 Faschismustheorien 13, 83, 95, 97f., 100, 107  
 – bonapartismustheoretische 13, 92, 94f.,  
 100, 101, 106, 115  
 – geistesgeschichtliche 13, 104  
 – konflikttheoretische 13f., 101f., 106  
 – modernisierungstheoretische 13, 95, 106  
 – sowjetmarxistische 13, 92, 94, 99  
 – sozialpsychologische 105f.  
 – totalitarmustheoretische 13, 95, 106  
 Freiheit, individuelle 31, 52, 129, 159, 167,  
 172  
 Friedensvertrag von Saint-Germain 76f.,  
 78f.  
 Frühe Neuzeit 9, 41, 44, 94, 165f., 174, 199  
 Frühsozialismus 174  
 Fundamentalismus, religiöser 45f., 47  
 Futurismus, transhumanistischer 158, 184,  
 199  
 Futurologie 138

## G

Gegenrevolution 94  
 Gemeinbesitz, auch Gesamtbesitz der Erde  
 54, 57  
 Gemeinschaft, nationale 84  
 Gemeinwesen 164  
 Genfer Vertrag 78  
 Gerechtigkeit 159, 161  
 Geschichtsauffassung, materialistische 170  
 Geschworenengerichte 29  
 Gesellschaft, auch Sozietät 9, 12, 42, 57f., 59,  
 107, 148

## 212 Personen- und Sachregister

- bürgerliche 37, 41, 45, 50, 52, 56, 95, 98,  
121, 123, 148, 163, 165, 167, 173, 177, 199
- formierte 187, 190
- heterogene 41
- kapitalistische 9, 70
- klassenlose 9, 88, 142, 171
- kommunistische
- *possessive market society* 163, 165
- Gewaltenteilung 11, 61, 132, 167, 195
- Gewerkschaften 36
- Gewissensfreiheit 37f., 40
- Gleichgewicht der Klassenkräfte 79, 93, 114,  
121, 175
- Gleichheit 13, 23, 52, 159, 167, 172
- ökonomische 32
- politische 32
- Globalisierung 30, 72, 152, 198
- Großgrundbesitz, feudaler 58
- Grundgesetz 194f

### H

- Habsburgermonarchie 65, 71, 75, 100, 113f.,  
135
- Hegemonie, neoliberale 21, 23
- Herrschaftsordnung des sowjetischen Typs  
121
- Hierarchie 182
- Hohenzollernmonarchie, auch preußische  
Monarchie 65, 67, 71, 74
- homo*
- *oeconomicus* 22, 24f., 136
- *sapiens* 181, 186

### I

- Ideologiekritik 169, 172, 178f., 184, 199
- Imperialismus 20, 69, 80, 84, 99, 142
- inclusive fitness* 180
- Industriegesellschaft 21, 184
- Intelligenz, künstliche 15, 183, 185f.

### K

- Kalter Krieg 14, 129, 131, 139, 143, 147
- Kapitalismus 84, 92f, 177
- frühneuzeitlicher 39
- globalisierter 21
- imperialistischer 196
- Kirche, auch Religion 58, 66, 107, 142
- Klasse, auch Klassenbildung 59, 102, 167
- Klassenkampf 9, 169, 171
- Klassenkompromiss 189
- Komintern 116

- Kommerzialisierung 30
- Kommunismus 121, 129, 155
- Konkurrenzdemokratie 14, 33, 103, 127f.,  
130, 136
- Konservatismus, auch traditionelle Eliten  
83, 86, 88f., 94, 98, 101, 151, 178
- Konzentrationslager 13
- Konzeptionen, sozialdemokratische 173,  
198f.
- Kritik der politischen Ökonomie 169f., 172
- Kritische Theorie 118, 148, 153

### L

- lex aeterna* 163f.
- Liberalismus 177
- europäischer 66
- moderner 37
- life sciences* 15, 159, 183f., 185, 187, 199
- Linzer Programm (1926) 79, 114, 124

### M

- Magna Charta 40, 86f., 171
- Marxismus 113, 115f., 122, 143f., 147, 159,  
168f., 174, 199
- Marxismus-Leninismus 14, 121f.
- Mensch
- Demokratischer 136f.
- Neuer 137, 159
- Menschen- und Bürgerrechte, individuelle  
11, 19, 40f., 42, 47, 87, 99, 101, 167, 170f.
- Menschenrechtserklärung
- Mitteleuropa 70, 77, 120, 197f.
- Modell
- dezisionistisches 191f., 193
- pluralistisches 42
- pragmatistisches 192f.
- technokratisches 192f.
- Modernisierung 84f., 90f., 103f.
- Modernisierungstheorie 103

### N

- Nation 84, 94
- Nationalismus, auch Nationalitätenfrage 69,  
72, 113f., 174
- Nationalitätenprogramm der Linken 72, 74
- Nationalsozialismus 13, 83, 86, 94, 97, 103f.
- Nationalstaat 73, 139
- Nationalversammlung 73
- Natur, sozio-kulturelle 127, 182
- Naturrecht 158f., 162, 164, 166
- ahistorisches 40

- modernes oder subjektives 40, 52f., 158, 162f., 164f., 167
- traditionelles 158, 162f., 164f.
- Naturzustand 23f., 52, 55f., 57f., 59, 61, 145, 165f., 166
- Neoliberalismus 24f., 28, 30, 30
- Neopluralismus
- Nepotismus 182
- Neue Rechte 150, 179
- Neuer Konsens 83f., 85f. 88f., 91, 94f.
- Neuer Mensch 14, 84, 87, 185
- Norman Yoke 86f.
- Nutzenmaximierung 21, 24f., 59, 136

## O

- Okkupation 54f., 56f.
- Ökodiktatur 152
- Ökologiekrise 131, 148, 151, 155
- Oligarchien 21, 23, 26, 121, 133f., 138, 195
  - kapitalistische 93, 101, 107
  - kulturelle 195
  - ökonomische 195
  - politische 195
- Opposition, außerparlamentarische 130, 168
- Ostpolitik 149

## P

- Parallelogramm der Kräfte 190
- Parlament, auch Parlamentarismus 11, 15, 39, 42, 44, 46, 87, 93, 120, 133f., 147, 174, 188, 190f., 195, 199
- Parlamentsauflösung 193
- Parteien 30, 36, 43, 107, 134, 174
  - Christlichsoziale Partei 66, 73, 77, 79
  - Deutschnationale Partei 66, 69
  - Kommunistische Partei 115, 169
  - Volkspartei 134
- Partizipation, auch Bürgerbeteiligung 19, 22, 24, 27, 40, 154, 161, 191, 197f.
- Paulskirchenverfassung 67
- Pluralismus 22, 36f., 41f., 43f., 45f., 133, 190
  - anarchistischer
  - freiheitlicher 37
  - gesellschaftlicher 39
  - religiöser 36, 44
  - zivilgesellschaftlicher 35
- Pluralismuskritik
  - von links 46
  - von rechts 45
- Polis, antike 9f., 13, 19, 22
- politiques* 35, 38f., 40, 43

- Postdemokratie 10, 27, 30, 128
- Postmoderne 46
- Privateigentum 53f., 56f., 59, 93, 101, 144, 165f., 171
  - peremptorisches 55, 57
  - provisorisches 54, 57, 59
- Publizität, auch Öffentlichkeit 11, 23, 57, 61, 150, 152f., 154, 157, 191, 195

## R

- Rat der Fünfhundert 26, 29
- Rätebewegung, auch Räterepublik 73f., 77, 175
- Rechtsradikalismus 149
- Rechtsstaat 56, 59f., 61, 70, 101, 179, 189
- Reduktionismus, biopolitischer 181f.
- Reformismus 118
- Reich
  - Deutsches 12f., 66, 69f., 71, 76, 77f., 79f., 90, 11
  - Drittes 11, 41f., 65f., 80, 89, 91f., 97, 102, 104f., 106, 141, 155
- Relativismus 45f., 47, 152
- Repräsentation 43, 61, 127f., 132, 134, 190, 191
- Republik 60, 132, 73
  - Erste Deutsche, auch Weimarer 10, 12, 35, 41, 73, 127, 175, 187
  - Erste österreichische 12, 14, 65, 67, 72, 73f., 75f., 77f., 79f., 113f., 115, 117f., 119, 121, 128, 134, 175
  - *res publica noumenon* 60
  - *res publica phänomenon* 60
- Republikanischer Schutzbund 120
- Revisionismus 121
- Revolution 12, 15, 59, 70, 71, 80, 84f. 86f., 88f., 91, 93, 95, 103, 120 122, 169
  - Amerikanische 11, 19, 86, 88
  - Deutsche (1848) 65f., 67, 71, 74, 80, 158, 172
  - Deutsche (1918/19) 9f., 134
  - Englische (1642–1649) 40, 43f., 88, 134
  - Französische (1789) 11, 19, 23, 51, 59, 62, 70, 86f., 88, 92, 134, 172
  - Französische (1830) 65
  - Französische (1848) 100
  - Glorious (1688) 61, 166f.
  - Niederländische, auch Aufstand der Niederlande 35, 39f., 43f., 86, 88
  - Österreichische (1918/19) 100
  - Russische (1917), auch bolschewistische Oktoberrevolution 88, 92, 105, 113, 122

S

*science fiction* 186  
 Selbstbestimmung der Völker  
*socialbiology*, auch *biopolitics* 179, 186  
 Solidarität 159, 166  
 Sondergewalten, nationalsozialistische 13, 42, 89f.  
 Sowjetmarxismus 83f., 93, 169  
 Sozialdarwinismus 87, 91, 104  
 Sozialdemokratie 93, 158  
 – deutsche 74, 157, 189  
 – internationale 113  
 – österreichische 14, 68f, 71f., 73, 78f., 80, 116, 122  
 Sozialismus auch Sozialisierung 70, 84, 115, 119f., 1201, 123, 139 173f., 175, 178, 189  
 Sozialprodukt 190f., 19  
 Staat 9, 21, 35, 37, 39, 42f., 53, 55f., 57f., 59, 61, 66, 92, 167  
 – demokratischer 148  
 – liberaler 62  
 – nationaler 131  
 – preußischer 12  
 – starker 37, 56, 101  
 – technokratischer 190  
 – übernationaler 69  
 Staatsbürger 59  
 Staatsräson 10, 41  
 Stalinismus 15, 148  
 Ständegesellschaft 50, 53  
 Ständeversammlungen 10, 39  
 Status 87  
 Steuerbewilligungsrecht 11, 61  
 Stoa 164

T

Terrorismus 150  
 Toleranz 35, 37f., 39f., 41f., 43f., 87, 152f.  
 – etatistische 39  
 – religiöse 10, 40  
 Totalitarismus 97, 102, 129f., 161  
 – faschistischer 154  
 – stalinistischer 129, 131, 154  
 Totalitarismustheorie 83, 97, 102, 145  
 Transhumanismus 184f., 186f.  
 Tyrannis 22, 31, 129, 132, 177

U

Universalismus 153  
 Unternehmergewinn 190  
 Utopie 108, 135, 138, 171, 174

– archistische 138  
 – nationalsozialistische 84  
 – postmaterielle 135

V

Verbände, auch Interessengruppen 36f., 43, 190  
 Vertrag ursprünglich Gleicher und Freier 53, 56, 87, 164, 165f.  
 – *contractus originarius* 56  
 – *pactum sociale* 56  
 Volk 9, 37, 39f., 73, 94  
 Völkermord, auch Genozid 84, 90, 102  
 Volksgemeinschaft, faschistische 9, 88  
 Volksherrschaft, direkte 23  
 Volksversammlung, auch *ecclesia* 19, 23, 26f., 29f., 32  
 Vollbürgerschaft, auch Aktivbürgerschaft 20, 26, 40, 59f., 136, 138, 167

W

Wahlrecht, allgemeines 20, 25f., 73  
 Weltdemokratie 135  
 Weltgesellschaft, auch Weltstaat 14, 47, 127, 131, 134, 139, 142  
 Weltkrieg  
 – Erster 9, 65, 69, 74, 83, 89, 91, 94, 107, 113, 129, 175  
 – Zweiter 14, 32, 81, 89f., 94, 118, 141f.  
 Weltwirtschaftskrise 175  
 Widerstandsrecht 11, 59, 167  
 – kirchliches 36  
 – mittelalterliches, auch feudales 36, 86  
 – ständisches 36  
 Wien, Rotes 74, 115, 117, 119  
 Wirtschaftsdemokratie 175, 189  
 Wirtschaftswunder 187, 189  
 Wohlfahrtsstaat, auch Sozialstaat 150, 194

Z

Zensuswahlrecht 132  
 Zentrismus 174  
 Zivilgesellschaft 9f., 11, 15, 104, 127, 139, 157  
 – *civil society* 9f., 11f., 15, 53, 87, 89, 90  
 – *societas civile sive res publica* 56  
*zoon politikòn* 164  
 Zwischenkriegszeit 83, 115, 118, 127